

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Müller, Magdeburg. Verlag von Bernhard Sarbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Heitge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schrotbofstraße). Fernsprech-Anschluss Nr. 1367.

Bräunmerende lesbare Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringenlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeigensatz in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1,70 Mk., 2 Exemplar 2,80 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Wohnstätten 2,50 Mk. Einzelne Nummern (einschl. der Monatsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. In der Expedition die fünfzehntägige Beilage 15 Pf. Volks-Zeitungsliste Nr. 7339.

Nr. 132.

Magdeburg, Donnerstag, den 9. Juni 1898.

9. Jahrgang.

An die Schandthaten von 1887 erinnert!

Zur Reichstagswahl schreibt die Magdeburgische Zeitung: „Acht Tage stehen noch aus, bis es sich entscheidet, ob Magdeburg wie 1884 bis 1887 und dann seit 1890 bis heute nochmals fünf lange Jahre durch einen Sozialdemokraten im Reichstage vertreten sein wird. Wie die Wahlbewegung sich hier entwickelt hat, wird bekanntlich günstigenfalls zunächst eine Stichwahl erreicht werden. Aber auch um diesen Erfolg zu erringen, müssen alle Kräfte angespannt werden. Die großen Vorbereitungen für die Wahl sind abgeschlossen und vier Versammlungen werden noch für die Kandidatur des Kommerzienrats Wilhelm Zuckerswerdt in der Neustadt, in der Altstadt, in Südenburg und in Buckau vom nächsten Donnerstag abgehalten werden. Mancher lässiger Wähler wird hoffentlich noch durch diese Versammlungen herangezogen werden. Aber vorangehen und nachfolgen muß die **persönliche Arbeit von Mann zu Mann**. Jeder, der entschlossen ist, seine Stimme für den nationalliberalen Kandidaten abzugeben, hat Bekannte, die ohne großes Interesse für die Politik das Wählen als etwas überflüssiges ansehen; ein gutes Wort zur rechten Zeit kann hier viel bewirken. Von den lauen Wählern läßt sich noch ein großer Teil erwärmen, wenn ihnen klar wird, daß es sich darum handelt, unsere Vaterstadt wieder der Sozialdemokratie zu entreißen, wie 1887, wo es gelang, die Wahl des Stadtrats Duvigneau durchzusetzen. Also, alle Mann an die Arbeit!“

Es ist gut Ihr Herren, daß Ihr uns an die Ereignisse von 1887 erinnert, deren Folgen wir in dem Wahlauftritt der sozialdemokratischen Partei anführen. In frischer Erinnerung sind Eure Thaten: **Die brutale Vergeßlichkeit der Arbeiter durch die Unternehmer, die Ausperrung ehrlicher braver Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung.** Und wie verlogen wurde gekämpft — wir erinnern an die **Kriegsfurie**, die entfacht wurde, an den **Frauenpöbel**, der die **Kühe dem armen Bauern raubte**, seine **Weiber und Kinder schändete**. Ja, rühmt Euch nur des Sieges von 1887. Ihr hattet ja auch vorzügliche Bundesgenossen.

Merkt auf: Mit dem Inkrafttreten des **Ausnahmengesetzes**, das wir den Nationalliberalen verdanken, die frech und verlogen behauptet: die **Sozialdemokratie habe die Attentate auf Wilhelm I. veranlaßt** (siehe Volksstimme Nr. 131, 8. Juni 1898), wurde hier alles, was an Arbeitervereinen re. existierte, verboten. Das Arbeiterblatt, die Magdeburger Freie Presse, stellte sein Erscheinen freiwillig ein und vertrieb so das Verbot. Dasselbe geschah mit den diversen hier herausgegebenen Kopfschriften. Versammlungen wurden in den ersten Jahren nach 1878 überhaupt nicht geduldet. Zur Wahl 1881 wurde alles verboten, was sich auf die Wahl bezog und von uns ausging. 1884 war es in dieser Beziehung etwas besser, aber auch erst, als wir mit dem deutschfreisinnigen Kandidaten in die Stichwahl kamen. Zur Wahl 1887 war es wieder wie zur schlimmsten Zeit vor 1884, und da auch die Deutschfreisinnigen bei der Stichwahl für den Kartellbruder stimmten, so mußten wir unterliegen.

Nicht zum wenigsten hat zu dieser Niederlage der Umstand mit beigetragen, daß die **Polizei 14 Tage vor dem Wahltermin 36 der tüchtigsten Genossen, darunter auch unsern Kandidaten, in Haft nahm und mit wenigen Ausnahmen auch in derselben befristet, bis endlich am 12. und 13. Mai der große Scheimbundprozess zur Verhandlung kam.** In diesem Prozess wurden 24 Genossen zusammen zu 11 Jahren 4 Monaten Gefängnis verurteilt, wozu noch mehrere Jahre Untersuchungshaft kamen, die wir aber nicht genau festzustellen im Stande sind.

Im Prozess selbst entpuppte sich einer der Angeklagten, Namens Speck, als Spion. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 1 Monat Gefängnis. Die Richter diktierten Speck aber 6 Monate zu. Acht Tage später befand sich Speck aber bereits wieder auf freiem Fuße. Als Speck wieder auf freiem Fuße gesetzt war, verwandte sich bekannte Personen bei seinen früheren Arbeitgeber, in der Fabrik von Schäffer und Bubenberg in Buckau, für ihn, um ihn wieder unterzubringen. So wie dies aber bekannt wurde, erklärten die Arbeiter der Fabrik einstimmig, die Arbeit niederzuliegen, wenn man ihnen zumuten sollte, neben Herrn Speck zu arbeiten; ebenso verwahrten sich die Bureaubeamten der Fabrik, neben Speck zu stehen. Endlich nahm der Magistrat Speck als Bote an. Doch wo dieser sich sehen ließ, wurde er von den Arbeitern mit Hohn empfangen, so daß er auch da entlassen werden mußte. Später fand Herr Speck einen Posten bei der Pferdebahn. Wer diese Stellen dem Speck verschafft hat, pfeifen noch die Späßen vom Dache. Wie andererseits gegen die im Scheimbundprozess Angeklagten verfahren wurde, zwei Fälle: Unter den in Untersuchungshaft Genommenen befand sich auch Genosse Bremer, ein 63-jähriger Mann, der seit Jahrzehnten hier wohnt, Hausbesitzer und nicht ohne Vermögen ist. Eine Klucht dieses

Mannes war einfach ausgeschlossen, aber ebenso wenig war eine Verdunkelung des Thatbestandes durch ihn zu befürchten, denn Speck hatte ja alles zugelassen. Trotz dieser Sachlage ließ man aber den 63-jährigen Bremer nicht auf freiem Fuße, obwohl Kaution angeboten worden. Bremer hat seit Bestehen der Arbeiterbewegung die Fühne des Proletariats hier hochgehalten, in guten und schlimmen Tagen.

Nun der Fall Habermann. Habermann, der ebenfalls seit Jahren hier wohnte und selbstständig ein Schneidergeschäft betrieb, wurde am 7. Februar 1887 (vor der Wahl) auf der Straße verhaftet und in Untersuchungshaft abgeführt. Seine hochschwangere Frau, welche drei Kinder zu ernähren hatte und einem vierten gegen Ende Februar das Leben schenkte, machte alle möglichen Anstrengungen, um ihren Mann sprechen zu können, aber nur zweimal wurde ihr dies erlaubt. Einmal hatte sie das 6-jährige Töchterchen mitgenommen; bei dieser Gelegenheit schon klagte Habermann über Schmerzen in der Brust. Am 15. April gegen Abend bekam er einen **Wutsturz** und wurde nun endlich (worum er vorher schon immer gebeten, was ihm aber strikte abgelehnt worden war) ins städtische Krankenhaus überführt. Dieser Vorgang wurde dadurch bekannt, daß Habermann am 16. April in einem Prozess im Kriminalgericht erscheinen sollte, nun aber natürlich nicht erscheinen konnte. Die Frau war von dem Unfall ihres Mannes vorläufig nicht unterrichtet. Der 16. April fiel auf einen Sonnabend. Die in höchste Aufregung versetzte Frau Habermann eilte sofort zu dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Starke, und bat denselben, ihr zu gestatten, ihren Mann im Krankenhaus besuchen zu dürfen. Frau Habermann wurde aber mit der Bemerkung abgewiesen, mit der Krankheit ihres Mannes werde es nicht so schlimm sein. Erst am Dienstag erlangte endlich die Frau die Erlaubnis, ihren Mann in Gegenwart eines Krankheitsbeamten sprechen zu dürfen. Die Bitte der Frau, ihre drei Kinder zum Besuche des Mannes mitnehmen zu dürfen, wurde wiederum abgelehnt mit dem Bemerkten: „Nehmen Sie doch die Tanten, Vettern und Nichten auch gleich mit.“

Habermann, zu dessen allgemeinem Leiden sich eine Augenentzündung gesellt hatte, rang bereits mit dem Tode, als ihn seine Frau endlich wieder einmal sah. Drei Tage darauf, am Freitag, 22. April, früh morgens 7^{1/2} Uhr war er eine Leiche. **Der brave Genosse hat seine Kinder, die Klüber haben ihren Vater nicht mehr gesehen.**

Als der Frau Habermann die Nachricht vom Tode ihres Mannes wurde, traf sie, unterstützt von Freunden und Genossen, alle Anstalten, für ein würdiges Begräbnis zu sorgen. Dasselbe sollte, wie der Frau auf ihren Antrag zugesagt worden, am Sonntag vormittags 11 Uhr stattfinden. Aber am Sonntag nachmittags 4 Uhr erhielt Frau Habermann plötzlich die Nachricht, daß die Beerdigung von Polizeiwegen um 5^{1/2} Uhr stattfinden werde. Man kann sich den Schmerz der Mutter und Frau über diese Wendung der Dinge denken. Von wenigen Freunden, die in der Eile benachrichtigt werden konnten, begleitet, ihr flughaft, erst wenige Wochen altes Kind auf dem Arm, die anderen Kinder von Freunden geführt, so eilte die arme Frau nach dem Friedhof, wo sie den Sarg bereits geschlossen fand. Erst auf das laute Wehklagen der Kinder wurde gestattet, den Sarg noch einmal zu öffnen. Der älteste 12-jährige Sohn schnitt sich eine Locke vom Haupte seines Vaters, dann wurde der Sarg wieder geschlossen und ohne Sang und Klang in die Erde gebettet. Am Sonntag darauf zogen Tausende von Magdeburger Arbeitern an das Grab Habermanns, legten Blumen und Kränze auf dasselbe nieder und aus den blickenden Augen und aus dem Knirschen der Zähne dieser Tausende konnte jeder den Gedanken lesen: Einmal wird der Tag kommen, wo auch diese That ihre Sühne finden wird.

Und der Tag der Sühne war gekommen 1890, 1893 und der Tag der Sühne wird kommen am 16. Juni 1898. Seit 1887 haben die Dinge sich in Magdeburg nicht nur nicht geändert, sondern wesentlich verschärft.

Der Kampf gegen die **Gewerkschaften** nahm von Jahr zu Jahr schärfere Formen an — 1890 erreichte er seinen Höhepunkt; ebenso der Kampf gegen die **sozialdemokratische Partei** und die **Presse**. Unermüßlich sind die Strafen, die die Arbeiter erduldet, schier unzählbar die Anklagen, die gegen unsere Redakteure erhoben. Ganz besonders sind die letzten Jahre Leidensjahre für die **Presse** und **Buchhandlung** gewesen.

Die Arbeiterbewegung Magdeburgs ist eine Kette von Verfolgungen, Bestrafungen und Unterdrückungen gewesen. Mit innerem Groll haben die Arbeiter die Dinge verfolgt, haben sich aber aus ihrer Ruhe nicht bringen lassen, haben den gesetzlichen Boden nie verlassen. Mit Bewunderung und Anerkennung haben die Arbeiter aller Orts auf die Arbeiterbewegung Magdeburgs geblickt, die trotz aller Verfolgungen sich eine eigene **Presse**, eine **Buchhandlung** geschaffen.

Seit Jahren beschäftigt sich die gesamte unabhängige Presse Deutschlands mit den **Zuständen in Magdeburg**, aber die hiesige Presse hat hierüber geschwiegen. Unser Kampf war nicht nur ein Kampf für soziale Wohlfahrt und politische Freiheit des armen Volkes, es war zugleich ein Kampf gegen **Presse-Korruption**, **Hochmut** und **Willkür**, worunter nicht nur das arme Volk litt, sondern weitere Schichten des gewerbetreibenden Standes litten. Alles atmet auf. Alles will die Thaten sühnen!

Mögt Ihr Herren Euch mit dem Gedanken einer Stichwahl tragen — wer kann den Ausfall einer Wahl im Voraus bestimmen. Aber laßt Euch gesagt sein. Das denkende Volk Magdeburgs ist der nationalliberalen politischen Lotterwirtschaft müde, es wird seinem Hecker nimmer folgen, das denkende Volk wird abrechnen, wird in Scharen an die Urne gehen — Mann für Mann — die Erde wird erdröhnen von den Tritten der Arbeiterbataillone, die wir abends 6 Uhr zählen.

Ihr Herren habt uns an die Schmach von 1887 erinnert. Wir wollen aber die Wähler noch in letzter Stunde erinnern an die Thaten jenes Reichstages, in dem die nationalliberale Partei mit den Konservativen die Mehrheit bildete.

Ihr habt dem armen Volke die Lasten, die Steuern erhöht, habt den Getreidezoll von 3 auf 5 Mark getrieben. Ihr habt die Branntweinsteuer um das fünffache erhöht, habt reichlich Liebesgaben an euresgleichen verteilt. Ihr habt die Heeresverstärkung durchgedrückt, deren Folgen heute das gesamte arme und mittlere Volk spürt. Ihr habt dem Volke auch verfassungsmäßige Rechte geraubt — habt die Legislaturperiode von 3 Jahre auf 5 Jahre hinaufgeschraubt. Sollen wir Euer Sündenregister weiter entrollen. Und Ihr glaubt, daß das Volk Euch folgen würde, daß Ihr gegängelt, ausgebeutet und betrogen? Nie und nimmer! Mit blickenden Augen und knirschenden Zähnen schreitet am 16. Juni das Volk Magdeburgs zur Wahl, um zu sühnen, was Ihr alle an dem Volke gesündigt. Die Parole des Volkes und aller mit uns fühlenden Männer und Frauen ist

Hoch die Sozialdemokratie!

Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, in Neids Salon
Sozialdemokratische Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Unsere Gegner und ihre Kampfesweise im Wahlkampf.

Referent: **Albert Schmidt**, Magdeburg, Reichstagskandidat für Calbe-Ascherleben.

Wähler des Reichstagswahlkreises Magdeburg!

Am 16. Juni finden die Wahlen zum deutschen Reichstag statt. Jeder 25-jährige Deutsche ist verpflichtet an die Wahlurne zu gehen und seine Stimme abzugeben. Er hat zu entscheiden, in welcher Weise er für die nächsten fünf Jahre bei der Gesetzgebung im Reichstage vertreten sein will: ob durch einen Feind des Volkswohls, einen Gegner der Freiheit des gleichen Rechts, oder durch einen Kämpfer für den Schutz der Armen gegen die Ausbeutung durch die Stärkeren, einen Verfechter des Rechts gegen Willkür und Privilegien. Reichstagswähler! Frecher und zuversichtlicher wie je zuvor treten bei diesen Wahlen die Junker samt ihrer Gefolgschaft, den antisemitischen Surreaschreibern und den nationalliberalen Priebrern, denjenigen entgegen, welche den Kampf für Freiheit und Recht auf ihre Fahne geschrieben und sich um die rote Fahne der Sozialdemokratie gekümmert haben. Und in diesem Kampfe ist die Regierung einzig mit den Junkern und einig mit den Großindustriellen. Graf Posadowsky hat im Reichstage öffentlich erklärt:

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist nicht ein Duell zwischen der Regierung und der sozialdemokratischen Partei, sondern ein Kampf, den die bestehenden Klassen mit der Regierung an der Seite der Regierung führen müssen!

Und um den Sieg der bestehenden Klasse herbeiführen zu können wird Volkstreu und Leichtgläubigkeit geübt, geherbet man sich als die Hütern bestehender Rechte des Volkes und greift diejenigen persönlich an, welche ihre warnende Stimme erheben und das Volk vor den agrarischen Despoten warnen — selten ist ein Wahlkampf seitens unserer Gegner so gemein, so persönlich verlegend geführt worden, als in dem gegenwärtigen Wahlkampf. Nationalliberale und antisemitische Blätter überbieten sich übermäßig in der Rohheit ihrer Gesinnung und Schmutzigkeit des Kampfes.

Diese feindlichen Kräfte, die sich sonst hart bekämpfen, sind aneinandergerückt — haben Frieden geschlossen. Die Antisemiten, diese angeblichen „Mittelstandsfreunde“ unterstützen die Nationalliberalen, die Dank ihrer Millionäre-züchterei Millionen und Abermillionen Existenzen ruiniert haben. Sonst zeteren und schreien die Antisemiten über das Großkapital, hier gehen sie Hand in Hand mit den Vertretern des mobilen und immobil Kapital, hier sorgen sie nach dafür, daß die Vertreter desselben die gleiche Macht behalten, die sie heute im Parlament ausüben zum Vorteile weniger, zum Nachteile vieler. Wahrlich, die Heuchelei feiert Triumphe!

Nationalliberale und Antisemiten sind wiederum mit den Junkern verbrüderet, welche einen Bruch mit der bisherigen Handelspolitik, die Verteuerung der Lebensmittel erstreben, die Koalitionsfreiheit und Freizügigkeit untergraben, fremde, willige und billige Arbeitskräfte anwerben wollen; vermehrte Ausbeutung der Frauen und Kinder des Proletariats ist ihre Parole. Nationalliberale und Antisemiten haben sich dem Junkertum verkauft, sind abhängig von dessen Gunst und Gnade. Man sehe sich nur die Verbrüderung dieser Parteien, der sich auch die konservative Partei angeschlossen hat, in den Wahlkreisen um Magdeburg an und jeder Wähler findet unsere Behauptung bestätigt.

Zischler Wilhelm Pfannkuch in Berlin.

Reichstagswähler! Kommerzienrat Zuchschwerdt wird als Freund des geltenden Reichstagswahlrechts gepriesen. Aber der nationalliberalen Partei ist das gleiche Wahlrecht zuwider, welches den „Straßenkehrer gleichstellt mit dem Reichskanzler“. In ihren Versammlungen und Pressen ist eine „Korrektur“ des Reichstagswahlrechts nach dem beliebigen Muster eines Qualitäts- und Pluralitätensystem vorgeschlagen, wobei der Unterschied der sozialen Stellung, der Einfluß des Vermögens und der „Bildung“ durch Zuteilung von Zusatzstimmen an die Qualifizierten zum Ausdruck kommen sollte. Der nationalliberale Reichstagswahlverein in Hamburg nahm am 28. November 1896 eine Resolution an, in der er den Reichskanzler ersucht, in Erwägung zu nehmen, in welcher Weise dem auf Umsturz der Staatsordnung gerichteten Mißbrauch des allgemeinen Wahlrechtes durch die Sozialdemokratie im Wege der Einschränkung dieses Wahlrechtes, sei es durch Einführung einer höheren Altersgrenze, sei es durch die Forderung einer längeren Wohnhaftigkeit im Wahlkreise oder sonstwie abzuhelfen ist. Der nationalliberale hannoversche Courier stimmte dem zu und lobte den Mut der Hamburger.

Bereits im Jahre 1893 hatte der hannoversche Courier geschrieben:

Es wird zweckmäßig sein, wenn man an allen Stellen, die diese schloßartige Entwicklung (Schloßokratie: Böbelherrschaft) unserer politischen Verhältnisse nicht wollen, sich hierüber keine Illusionen macht. Daß es so nicht weiter gehen kann

Zischler Wilhelm Pfannkuch in Berlin.

Reichstagswähler! Herr Zuchschwerdt wird als ein Freund des Freizügigkeits- und Koalitionsrechts geschildert, dabei hat dieser Herr auf beiden Gebieten „Mißstände“ gefunden, die beseitigt werden müssen. Kommerzienrat Zuchschwerdt verlangt, daß die Staatsanwaltschaft mit Ernst und Strenge denjenigen entgegentritt, die es bei Streiks unternehmen, ruhige und arbeitswillige Arbeiter durch Gewalt und Drohung von der Arbeit zurückzuhalten. Wir setzen, Kommerzienrat Zuchschwerdt hält immer ein Hintertürchen in der Hand, aus dem er entweichen kann. Bekanntlich soll nicht bloß eine Verschärfung des Strafmaßes, sondern auch eine Erweiterung des strafbaren Tatbestandes herbeigeführt werden, d. h. also, daß künftig auch Handlungen als strafbar bei den Arbeitern verboten werden sollen, die bisher überhaupt nicht als strafbar gelten!

Nach einer Zusammenstellung der Hamburger Generalkommission der deutschen Gewerkschaften sind auf Grund des jetzigen § 153 der Gewerbeordnung im Jahre 1897 allein wegen Vergehen gegen die Streikbrecher 262 Streikende (d. h. auf je 1000 Streikende ungefähr einer) mit zusammen 48 Jahren 5 Monaten 3 Wochen und 6 Tagen Gefängnis und 783 Mark Geldstrafen bestraft worden. Daß auch ein einziger Unternehmer auch nur in einem Tage Gefängnis wegen Verletzung, Ehrverletzung, Zwang oder Betrugsverletzung bestraft worden wäre, davon haben wir wenigstens, trotz aller „schwarzen Listen“ der Unternehmer und Konventionalfraßen-Vereinbarungen, nichts gehört. In welcher Weise gegenwärtig die Gerichte urteilen, geht aus folgendem Tatbestand hervor. In Mühlhausen wurden mehrere Maurergesellen mit je einer Woche Gefängnis bestraft. Sie hatten Äußerungen gethan wie: „Es wäre eine Schande, wenn Ihr hier arbeiten wolltet!“ „Wenn Ihr hier arbeitet, so wird dies

Zischler Wilhelm Pfannkuch in Berlin.

Reichstagswähler! Kommerzienrat Zuchschwerdt wird als ein Gegner jeder Verkümmern der Vereins- und Versammlungsfreiheit geschildert. Dabei war es die nationalliberale Partei, die durch ihr Geschrei das Umsturzgesetz veranlaßte, das eine Vernichtung der bestehenden Vereins- und Versammlungsfreiheit zur Folge hatte.

Wenn die Nationalliberalen sich rühmen, gegen das Gesetz gestimmt zu haben, so haben sie doch andererseits dem Ausschluß der Minderjährigen von der Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen zugestimmt. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit ist aber gerade auf das schärfste unterdrückt worden durch das auch von Nationalliberalen beschlossene Sozialistengesetz, das mit einem Schlag Tausende Menschen rechtslos machte. Die Nationalliberalen stimmten unter Bennigsen's Führung für das zweite Sozialistengesetz und in der Folge für alle keine Verlängerungen. 1889/90 waren sie

In unserem Wahlkreise liegen die Dinge etwas anders. Hier sind vereinigt die Konservativen und Nationalliberalen, abseits stehen zunächst die Antisemiten, doch haben sie sich verpflichtet im Falle einer Stichwahl die nationalliberale Partei zu unterstützen — also auch hier der endgültige Zusammenschluß aller reaktionären Elemente.

Und an der Spitze dieser reaktionären Elemente ist ein Kommerzienrat gesetzt, der von den hohen Staats- und Kommunalbeamten, den Fabrikanten und Kaufherren unterstützt und als ein den Wahlkreis seligmachender Mann gepriesen wird. Der Geldsack ist dem Proletariat, den Mittelschichten, den mittleren und kleineren Beamten gegenübergestellt.

Kommerzienrat Zuchschwerdt wird als ein Mann gepriesen der auf dem Boden des geltenden Reichstagswahlrechts steht, der die Freizügigkeit, das Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht nicht angetastet wissen will. Wenn schöne Worte Thaten wären. Die Absichten des Herrn Zuchschwerdt in Ehren, aber bis jetzt existiert kein Nationalliberaler der das gehalten, was er seinen Wählern versprochen hat — ist doch die nationalliberale Partei mit einer Wetterfahne und sind deren Vertreter doch mit den bekannten Thieren verglichen, die ihre Farbe fortgesetzt wechseln. Die nationalliberale Partei ist völlig zerklüftet, unetzig — eine Zusammensetzung aller unsicheren Kantontisten. In der nationalliberalen Partei sieht der extreme Agrarier Graf Oriola, der, ehe er in Friedberg als nationalliberal gewählt wurde, sich in Hanau als konservativer Kandidat angeboten hatte, friedlich zusammen mit dem Antiagrarier v. Bennigsen. Da tagt der Feind aller Rückschrittler und aller polizeilichen Unterdrückung, der in Königsberg in den Landtag gewählte Rechtsanwalt Krause, parteifreundlich zusammen mit Herrn Bued aus Westfalen, der für Usuragegesetz schwärmt (je schärfer, umso besser!) und am liebsten die ganze industrielle Arbeiterschaft unter eine Art Gesindeordnung gestellt sehen möchte. Die Doppelwährung! Die Goldwährung! — die Börse! Die Landwirtschaft! — die Freiheit! Die Unterdrückung! Wie politisch unzuverlässig Dr. Paasche, der selbige nationalliberale Kandidat für Magdeburg war, ist ja noch in frischer Erinnerung.

Diese nationalliberale Lotterwirtschaft haben endlich weite Kreise durchschaut, sie sind zu der Erkenntnis gekommen, daß eine Partei, welche so charakterlos auftritt nicht weiter unterstützt werden kann und sie haben sich einer Partei zugewendet, die mit Ernst und Würde für soziale Wohlfahrt und politische Freiheit kämpft, sich weder den herrschenden Klassen, noch der Regierung verkauft hat.

Welche Partei dies ist, hat uns kein anderer als der nationalliberale Abgeordnete Bued selbst gesagt:

Ich muß leider meiner Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß die sozialistische Bewegung in den höheren Gesellschaftsschichten und überhaupt nicht sozialdemokratischen Kreisen eine ganz verschiedene Zunahme gehabt hat.

Und Vertreter dieser sozialistischen Bewegung im Reichstagswahlkreise Magdeburg ist der

und darf, diese Ueberzeugung wird sich nach den Erfahrungen der letzten Wahlen in immer größeren Kreisen festsetzen.

Hört den Schimpf! Reichstagswähler! Böbelherrschaft nennt es diese Ausbeuterkluge, wenn das arbeitende Volk, dem es seinen Reichtum verdankt, Vertreter in den Reichstag entsenden will. Deshalb haben auch in Sachsen und Anhalt die Nationalliberalen für die Wahlentziehung der Arbeiter gestimmt. Der nationalliberalen Partei ist es auch zu danken, daß den Volkvertretern keine Diäten bewilligt werden, ihnen die völlig freie Fahrt entzogen ist. Und zur Schande der Nationalliberalen sei es ausgesprochen, daß bei der Frage von Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten in der letzten Session sich ein Teil der Nationalliberalen ablehnend verhalten hat. Den Nationalliberalen ist's auch zu danken, daß die Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre aufgeschraubt ist. Wenn also heute sich nationalliberale Kandidaten als Freunde des geltenden Wahlrechtes geben, so ist das — Wahlmach!

Reichstagswähler! Nach Aussprüchen früherer Minister und gegenwärtiger Centrumsführer liegt ein Gesetz über die Abänderung des Wahlrechtes zum Reichstage schon seit dem vorigen Sommer fertig ausgearbeitet da, und es unterliegt gar keinem Zweifel, daß es dem Reichstage vorgelegt wird, sobald ein bewilligungslustiger Kartell-Reichstag vorhanden ist. Reichstagswähler! Gütet verfassungsmäßige Rechte, glaubt den unsicheren Kantontisten nicht, wählt Sozialdemokraten, wählt den

böses Blut machen.“ „Wenn Ihr hier arbeitet, so macht Ihr Euch kenntlich, und die hiesigen Kollegen kriegen Euch auf den Strich!“ Das Gericht erachtete dafür, daß in diesen Äußerungen ein Zwang bzw. eine Drohung liege. Dieses Urteil hat selbst die Magdeburgische Zeitung veranlaßt, zu schreiben: „daß dieser Paragraph in der That bereits ein wirksames Schutzmittel gegen den Terrorismus Ausständiger darstellt.“ Aber der für die Koalitionsfreiheit schwärmende Kommerzienrat will noch schärfere Strafbestimmungen. Nieder mit einer solchen Partei, die den Arbeiter noch mehr bitteln und knechten will. Daß die Koalitionsfreiheit im Munde eines Nationalliberalen leere Phrase ist, beweist, daß die Nationalliberalen alle Anträge der Sozialdemokraten niederkimmten, welche dem Gefinde die Koalitionsfreiheit geben und das bestehende Recht der Koalition durch bürgerliches Gesetz festgelegt wissen wollten. Daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht angetastet werden darf, auf Grund dessen die Arbeiter sich bessere Lebensbedingungen erkämpfen, geht hervor aus dem Aussprache des Sozialistenlehrers Professor Reinhold:

Nie wird die Welt das ideale Unternehmertum sehen, daß freiwillig höhere Löhne zahlt, als es gezwungen er zu zahlen muß. Die Selbstsucht, die jedes Opfer scheut, wird nie anders als durch eherne Notwendigkeit oder Aussicht auf Vorteil dem Arbeiter mehr bewilligen, als dieser erzwingt.

Wer ein Gegner jeder Einschränkung des Koalitionsrechtes ist und wer für Erweiterung desselben ist, muß seine Stimme geben dem

Zischler Wilhelm Pfannkuch in Berlin.

bereit, für ein dauerndes Sozialistengesetz zu stimmen ohne den kleinen Belagerungsstand, weil sich dessen Unzweckmäßigkeit erwiesen hatte. Regierung und Konservative waren aber halstarrig und so fiel zum großen Leidwesen der Nationalliberalen das Sozialistengesetz, unter dem die herrschende Klasse wahre Triumphe in der Ausbeutung der Konsumenten und Bereicherung weniger feierte. In den 12 Jahren des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890 wurden auf Grund desselben an 1000 Jahre Gefängnis unseren Parteigenossen zubüßiert; für jedes Jahr der Dauer des Gesetzes also 83 1/3 Jahre Gefängnis!

Solche Zustände scheint Kommerzienrat Zuchschwerdt wieder herbeizujehen. Ihm genügt es nicht, daß unter dem „neuen Kurse“ in sieben Jahren (vom Oktober 1890 bis September 1897) — ohne Ausnahmegesetz 558 1/3 Jahre Gefängnis, 783 Mark Geldstrafe über Sozialdemokraten

verhängt worden sind, das ist also für jedes Jahr des „neuen Kurzes“ **21 Jahre Freiheitsentziehung und 28 370 Mark Geldstrafe!**

Reichstagswähler! Nie und nimmer dürft Ihr einem nationalliberalen Kandidaten die Stimme geben, der auf Grund seiner Erklärung: „Daß er die von der Sozialdemokratie drohende revolutionäre Gefahr auf das schärfste bekämpfen will“ auch seine Hand zu einem neuen Schandgesetz bieten würde. Die nationalliberale Partei steht vollkommen auf dem Boden des Fürsten Bismarck, der in den Hamburger Nachrichten geschrieben:

„Man wird sich früher oder später davon überzeugen, daß gegen die Sozialdemokratie mit juristischen oder sozialpolitischen Waffen allein nicht erfolgreich zu kämpfen, sondern daß **wirkliches Kriegsführen** unvermeidlich ist. — Und wenn die Sozialdemokratie durch neue Maßregeln nach Art des Sozialistengesetzes „zur Verzweiflung“ getrieben würde und zu einem gewaltigen Angriff auf Staat und Gesellschaft sich hinreißen ließe, so wären zwar die Opfer der Abwehr dieses Angriffs sicherlich zu bedauern, aber wenn danach die Sozialdemokratie an der Ausführbarkeit ihrer Utopien schließlich verzweifelte, so würde das doch nur von Vorteil für das Deutsche Reich sein und jedes **Ausnahmengesetz, das**

zu dieser Entwicklung beitragen könnte, wäre damit allein schon gerechtfertigt.“

Die Angst vor der Sozialdemokratie ist eine geradezu offenkundige. Der rote Lappen wird deshalb immerfort geschwungen und dem Volke angedichtet, daß es den gewaltigen Umsturz der Verhältnisse erstrebt. Was die Sozialdemokratie erstrebt, ist eine Umgestaltung von Grund aus, welche an Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die durch eine kapitalistische Revolution die Massen in Abhängigkeit von der kleinen Schicht der Besitzenden hält, durch eine ihr entgegengesetzte wirtschaftliche Umgestaltung, eine sozialistische Revolution, alle Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit überführt, sobald nicht mehr zum Nutzen einzelner, sondern zum Nutzen der Gesamtheit von allen für alle gearbeitet wird. Dann erst schwindet die tiefe, jetzt unüberbrückbare Kluft, welche heute das Volk in zwei Lager teilt: in die **besitzende Klasse** und die **besitzlose Klasse**. Dann wird die erstere nicht mehr unthätig Schätze sammeln und dadurch die letztere schwer arbeitende zur Entbehrung zwingen, sondern die ehrliche Arbeit wird auch ihren Lohn finden, und nur, wer nicht arbeitet, wird auch nicht essen.

Reichstagswähler! Die Wahl des

Zischler Wilhelm Pfannkuch in Berlin

ist der beste Schutz gegen die Verkümmern des Vereins- und Versammlungsrechts, die Bürgerpflicht, daß gemeinrechtliche und nicht ausnahmerechtliche Zustände geschaffen werden — die Armut zu ihrem Rechte kommen, dem planvoll ausgebauten Wucher, dem Millionen Kleinere und mittlere Leute zum Opfer fallen, ein Ende bereitet wird.

Reichstagswähler! Kommerzienrat Buchschwerdt erklärt sich für Beibehaltung der Handelsverträge! Dabei hat gerade auf diesem Gebiete die nationalliberale Partei schwer gestündigt. Gegen den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn stimmten seiner Zeit fünf Nationalliberale, und zwar nicht wegen der Herabsetzung der Kornzölle, sondern wegen der Ermäßigung der Weinzölle. Gegen den rumänischen Handelsvertrag stimmten schon 14 Nationalliberale, gegen den russischen Handelsvertrag 16, und zwar nur wegen der **Ermäßigung der Kornzölle**. Dann kam aus der Mitte der nationalliberalen Partei

im Reichstage der Antrag auf Kündigung des Meistbegünstigungsvertrages mit Argentinien. Dieser industrie- und handelsfeindliche Antrag war von 25 Nationalliberalen unter der Führung des Freiherrn Seyl zu Herrnsheim, Graf Oriola und Friedberg unterzeichnet. Darunter waren u. a. auch die Abgg. Fink, Frank-Raben, Dr. Kruse, Dr. Paasche, Dr. Piechel, Placke, Nimpau. Im Reichstage erklärte sich unlängst Abg. Freiherr Seyl zu Herrnsheim schlankweg **gegen alle solche Meistbegünstigungsverträge**.

Reichstagswähler! Eine Partei, die so wankelmütige Kreaturen aufweist, hat jede Existenzberechtigung verloren, die muß durch die Wucht sozialdemokratischer Stimmen niedergedrückt werden. Dies geschieht in unserem Wahlkreise durch die Wahl des Sozialdemokraten

Zischler Wilhelm Pfannkuch in Berlin.

Reichstagswähler! Kommerzienrat Buchschwerdt will auch die Interessen der Landwirtschaft wahren und „sozialistische Experimente“ abweisen. Kommerzienrat Buchschwerdt spielt hierbei auf den Antrag Ranitz an. Als aber Graf Ranitz seinen Antrag einbrachte auf Monopolisierung des Handels mit ausländischem Getreide behufs Erzwingung mittlerer Getreidepreise, schlossen sich ihm 5 Nationalliberale an, obwohl vorher noch Abgeordneter v. Bennigsen erklärt hatte, daß „bis zu dieser Höhe der Gemeinwohlbedürftigkeit noch keine einzige der agrarischen Forderungen hinreichend“. Daß die Nationalliberalen für eine Erhöhung der Getreidezölle sind, damit dem Volke das Brot verteuert werde, berühren wir so nebenbei. Schon heute empfindet das Volk die hohen Preise. Anstatt Herabsetzung der Zölle schlägt das Organ des Kommerzienrats Buchschwerdt, die Magdeburgische Zeitung, ein Gemisch von Mais und Weizen vor — als Nahrung für das arme Volk.

Reichstagswähler! Magdeburg ist Handelsstadt. Sie darf nicht von einer Partei vertreten sein, welche Gegner der Handelsverträge aufweist, die einen Bruch mit denselben erstreben; Magdeburg hat eine große industrielle und handwerkliche Bevölkerung, diese darf keinen Mann die Stimme geben der für Vertreibung der Lebensmittel wirkt — Magdeburgs Bevölkerung muß einer Partei zum Wohlsein, die geschlossen für Beibehaltung und den Ausbau der Handelsvertragspolitik ist, geschlossen als Gegnerin jeder Verteuerung der Lebensmittel auftritt. Das ist die Sozialdemokratie, deshalb wählt einen Sozialdemokraten!

Reichstagswähler! Nicht was Kommerzienrat Buchschwerdt seinen Wählern verspricht ist maßgebend, maßgebend ist die Haltung der nationalliberalen Partei — maßgebend ihr Bund mit den Junkern, mit den Konservativen und Antisemiten. Im Verein mit diesen hat die nationalliberale Partei dem armen Volke durch Vermehrung von Heer und Flotte fortgesetzt Lasten auf Lasten auferlegt. Schon jetzt beträgt die indirekte Steuerlast im Durchschnitt über **16 Mark** jährlich auf den Kopf der Bevölkerung und zwar an Zöllen 7.48 Mark, Tabaksteuer 1.14 Mark, Zuckersteuer 1.97 Mark, Salzsteuer 98 Pf., Branntweinsteuer 2.84 Mark, Brausteuer 85 Pf., Reichsteuereinkommen 1.05 Mark. Eine Familie von fünf Köpfen trägt also durchschnittlich eine **Belastung von 80 Mk. jährlich**, während diese Belastung vor 20 Jahren 34 1/2 Mk. betrug! Je größer eine Familie ist, je mehr Kinder sie hat, um so höher ist ihre Belastung und zwar wird sie bei Einkommen bis 900 Mark jährlich mit 8 bis 7 Prozent getroffen, bei 900 bis 3000 Mark Einkommen mit 7 bis 5 Prozent, während die Einkommen von 3000 bis 8000 Mark mit 5 bis 4 Prozent, die von 8000 bis 80000 Mark mit 4 bis 3 Prozent, die von 80000 bis 1 Million Mark nur noch mit 3 bis 2 Prozent, und die über eine Million Mark mit etwa 1 Prozent belastet sind! Je reicher jemand ist, um so weniger hat er verhältnismäßig an indirekten Steuern zu zahlen — dabei steigen die direkten Ausgaben jährlich! **Seht Euch den Steuerzettel an**. Diesem Steuerdruck wird Einhalt geboten durch die allgemeine Abrüstung, die mit der Beseitigung des Militarismus zu erfolgen hat. Hierfür tritt nur der sozialdemokratische Kandidat

Zischler Wilhelm Pfannkuch in Berlin

ein. Welche ungeheueren Kulturaufgaben könnten für die Milliarden erfüllt werden, die heute dem Militarismus in den Rücken geworfen werden, der Deutschland zu einer großen Kaserne gemacht hat, in der kein Mensch mehr dem anderen traut.

Reichstagswähler! Kommerzienrat Buchschwerdt rühmt die soziale Gesetzgebung. Die Arbeiterversicherungsgesetze sind nach Ansicht der Nationalliberalen eine Wohltat, für welche die Arbeiter den Unternehmern gar nicht genug dankbar sein könnten, da diese täglich eine Million Mark „zum Besten der Arbeiter“, wie Graf Pobjadowsky sagte, ausgeben! Das klingt viel, ist aber, da 18 Millionen Arbeiter versicherungspflichtig sind, **auf jeden einzelnen Arbeiter täglich nur 5 1/2 Pfennig!** Ausbezahlt wird aber für jeden Arbeiter und jeden Arbeitstag nur auf Kosten der Unternehmer nicht mehr als **1 1/2 Pfennig**. Denn 1895 wurden **ausbezahlt**: 104,8 Millionen Mark von der Krankenversicherung, 50,1 Millionen Mark von der Unfallversicherung, 24,8 Millionen Mark von der Invaliditäts- und Altersversicherung, mit dem Reichszuschuß von 16,8 Millionen Mark, im ganzen **197,3 Millionen Mark**. Es wurden **eingezahlt** von den Unternehmern **150,3 Millionen Mark**, von den Arbeitern **143 Millionen Mark**. Mit hin kommen von den 197,3 Millionen Mark an die Arbeiter gezahlte Unterstützungen **143 Millionen Mark** von den Arbeitern gezahlte Beiträge in Abzug, so daß **nur 54,3 Millionen Mark** lediglich den Zahlungen der Unternehmer entstammen. Diese **54,3 Millionen Mark** sind an ca. 15 Millionen Arbeiter gegeben worden, so daß **jeder Kranke, Verletzte, Invalide und Altersrentner durchschnittlich täglich 1 1/2 Pfennig** lediglich auf Kosten der Unternehmer erhielt! Furchtbar viel!! Und alle Anträge, die eine Besserung der Verhältnisse schaffen, sind auch **von den Nationalliberalen niedergestimmt worden**.

Reichstagswähler! Der Wahlaufruf der nationalliberalen Partei ist etwas ausführlich beantwortet. Wir haben der nationalliberalen Partei die Maske vom Gesicht reißen und den Wählern ihre wahre Gestalt zeigen müssen. Die Partei der Kommerzienräte, Liebesgaben- und Prämienempfänger **gebärdet sich volksfreundlich, ist aber in Wirklichkeit volksfeindlich**. Alle gegenteiligen Versicherungen verfangen nicht mehr — **das Volk ist schon zu oft betrogen, schon zu oft belogen worden**.

Die **Handwerker**, die vergeblich gegen die Konkurrenz des Großkapitals ankämpfen, wollen mit der Sozialdemokratie gegen diesen gemeinsamen Feind aufmarschieren!

Die kleinen **Beamten** der Post, der Eisenbahn, im Ueberwachungsdienst, die trotz aller Bitten noch heute auf die Erfüllung ihrer Wünsche warten, bieweil hochgestellte Beamte Tausende Mark Repräsentationsgelder erhalten, haben sozialdemokratisch zu wählen. **Das bedrohte Petitionsrecht der Beamten wird ernstlich nur von Sozialdemokraten geschützt**.

Die **Arbeiter** in Fabriken, in Werkstätten, in den Kaufhäusern, in den Schreibstuben müssen an die Wahlurne, müssen sozialistisch wählen. Der Sozialdemokratie ver-

Reichstagswähler! Rückschritte, nicht Fortschritte zeigt das Reich auf allen Gebieten, wo es sich um Schutz und Wohlergehen des Arbeiters wie des kleinen Mannes überhaupt, des Bauern und Kleingewerbetreibenden handelt. **Großkapitalismus und Militarismus, Junkerherrschaft und Willkürregiment** kennzeichnen die politische Lage.

Darum auf zur Wahl, zum Schutz der Volksrechte!
Bleibe keiner von der Wahlurne fern! Jede Stimme zählt! Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns!
Vorwärts! Zum Siege! Zum Siege des sozialdemokratischen Kandidaten, des

Zischlers Wilhelm Pfannkuch in Berlin.

danken sie alle Reformen — die Sozialdemokratie hat der herrschenden Klasse das Gewissen geschärft und dieselbe gezwungen, Sozialpolitik zu betreiben.

Reichstagswähler! Die Sozialdemokratie hat die Besten der kapitalistischen Gesellschaft aufgeschnitten und scharfe Kritik geübt, und dieser Gesellschaft die Maske vom Gesicht gerissen. Dieferschalt ist sie gehaßt, wird sie verfolgt, sucht man sie zu unterdrücken, ihr das Wahlrecht zu rauben. Herr von Stumm gab bei Beratung der Umsturzvorlage folgende **Wutausbrüche** zum besten: „Von einem Kampf mit geistigen Waffen gegen die Sozialdemokratie kann keine Rede sein.“ — „Im Kampfe gegen die sozialdemokratische Agitation handelt es sich einfach um **Gewalt gegen Gewalt**.“ — „Ich bin der Ansicht, daß ein schärferes Gesetz als diese Vorlage gegen die Sozialdemokratie am Platze wäre.“

§ 1. Den **Sozialdemokraten**, einschließlich der Anarchisten, wird das **aktive und passive Wahlrecht entzogen**. § 2. Die **Agitatoren** werden **ausgewiesen oder interniert**.“

Reichstagswähler! Die herrschende Klasse will Euch zu **Seloten** machen; Ihr sollt gehorchen und dienen — **Steuern zahlen, Soldat spielen und das Maul halten**. Hiergegen kämpft die Sozialdemokratie an. Schart Euch um dieselbe, wählt sozialdemokratisch.

Stimmt ein in den Ruf: **Nieder mit den Volksfeinden**, ganz gleich ob sie im antisemitischen oder nationalliberalen Gewande vor Euch erscheinen; **nieder mit den Brotverteuern**; **nieder mit allen, die dem Volke die freie Meinungsäußerung verkümmern**, die spärlichen Rechte rauben wollen — **nieder mit ihnen und hoch die Sozialdemokratie!**

Reichstagswähler! Unsere Gegner erhoffen den Sieg. Macht diese Hoffnung zu schanden. Schart Euch zusammen Proletarier und alle die Not leiden, sich politisch unfrei fühlen, reißt den Gekkerhut vom Stocke, der überall aufgepflanzt ist — wählt den Sozialdemokraten. Aus allen Häusern, aus allen Werkstätten, aus allen Kaufhäusern an die Wahlurne. An die Wahlurne so früh als möglich! Keiner, er mag sein wer er wolle, darf am Wahltag zu Hause bleiben, keiner darf denken, daß seine Stimme nicht ins Gewicht falle — am Wahltag giebt es nur eine Pflicht, zur Urne zu treten und mit seiner Stimme für die freiheitliche Entwicklung und gegen das ungeheure freiheitsmörderische Treiben der Nationalliberalen und agrarischen Sammelpolitiker einzutreten.

Reichstagswähler! Gelingt unseren Widersachern der Sieg, kommt ein Reichstag zusammen nach dem Wunsche der agrarischen Sammelpolitiker, dann ist ausgesprochen

Beseitigung des Koalitionsrechts,
Beseitigung eines freien Vereins- und gleichen und geheimen Wahlrechts,
Anebelung der freien Meinungsäußerung,
Stillstand in der Arbeiterchutzgesetzgebung,
Vermehrung der Steuerlasten,
Erhöhung der Kriegslasten.

Reichstagswähler! Gelingt unseren Widersachern der Sieg, kommt ein Reichstag zusammen nach dem Wunsche der agrarischen Sammelpolitiker, dann ist ausgesprochen

Sozialdemokratische Partei.

Drei Volks-Versammlungen:

Magdeburg.

Sudenburg.

Neustadt.

Freitag, 10. Juni, abends 8 Uhr

im Dreikaiserbund, Storchplatz.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehende Reichstagswahl und ihre Bedeutung für die erwerbsthätige Bevölkerung.

Referent:

Reichstagskandidat H. Pens, Dessau.

Freitag, 10. Juni, abends 8 Uhr

in der Zerbster Bierhalle, Schöningerstr.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehende Reichstagswahl und ihre Bedeutung für die erwerbsthätige Bevölkerung.

Referent:

Reichstagskandidat O. Näther, Berlin.

Sonnabend, 11. Juni, abends 8 Uhr

im Weissen Hirsch, Friedrichsplatz.

Tages-Ordnung:

Unsere Gegner u. ihre Kampfweise im Wahlkampfe.

Referent:

Redakteur A. Müller, Magdeburg.

Die gesamte Wählerschaft der betreffenden Stadtteile im Wahlkreise Magdeburg ist zu diesen Versammlungen eingeladen. Den Gegnern wird unbeschränkte Redezeit zugesichert. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

L. Maerker

Breiteweg 80/81, Cafe Natharinenstr.

parterre u. 1. Etage

empfehlen großes Fabriklager:

Leichte Saccos, ohne Futter, a 3, 3.50, 4 Mk. in schwarz und farbig.

Leichte Saccos, mit Futter, a 4, 4.50, 5 Mk. in schwarz und farbig.

Neu. Saccos in schwarzen Elegant. mit Futter, a 8 Mt.

Comptoir- u. Geschäftsjoppen, a 1.50, 2 Mk.

Leichte Schulanzüge, Spezial-Lager in Knaben-Anzügen, Malerkitteln u. sämtl. leichten Garderoben

zu unübertrefflich billigen Preisen.

In den oberen Männern Anfertigung nach Mass sämtlicher Stoff- u. leichter Garderoben.

L. Maerker, Br. Weg 80/81.

Burg. Volks-Burg. Versammlung

am Freitag, den 10. Juni, abends 8 Uhr im Lorenz'schen Lokale (Hofjäger).

Tages-Ordnung:

Die bevorstehende Reichstagswahl

Referent:

Wilhelm Pfannkuch-Berlin.

Der Vertrauensmann E. Katurbe.

Grosse öffentliche Versammlung

aller im Gastwirtsgewerbe beschäftigten Personen, sowie Artisten, Kutscher und aller, die unter den Stellenwucherern zu leiden haben

am Sonnabend, abds. 8 Uhr, im Saale des Dreikaiserbund, Gr. Storchstr.

Tages-Ordnung:

1. Wie kann der Stellenwucher auf reichsgefehllichem Wege bekämpft werden? 2. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Ref.: Hugo Gahmann. Die Reichstagskandidaten, sowie Gäste, die an der Tages-Ordnung Interesse haben, werden freundlichst eingeladen. Der Einberufer.

Ein kleines Restaurant zu pachten gesucht Offerten u. R W 100 a. d. Exped. d. Bl. Grobe Särge von 17 Mk., kleine von 1.75 Mk. an stets vorräthig. Theodor Lange, Burg, Große Hof 18. 810

Anweislich sichere Brotstelle.

Kleines Grundstück mit flottgehendem Materialwarengeschäft, wo alle Woche geschlachtet wird, ist besonderer Familienverhältnisse halber billig bei 2500 Mark Anzahlung zu verkaufen. Das Grundstück liegt in nächster Nähe Magdeburgs, hat schönen Garten usw., daher angenehmes Wohnen. Offert. unter B. L. 88 a. d. Exped. d. Bl.

Suche möglichst sofort wegen Erkrankung des jetzigen ein erfahrenes unabhängiges Mädchen, welches bürgerlich kochen und sämtliche häuslichen Arbeiten machen kann, für Wittwer mit 2 Kindern (4½ und 3 Jahre alt). Offerten unter A. 2. 100 an die Exped. d. Volksstimme. Carlstr. 7, v. II. I., f. d. Logis f. 1 od. 2 Herr. sof.

Gesucht werden:

Kunztätlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schneider, Schuhmacher, Stellmacher, Tischler, Klempner, Tapezierer, 2 Drechsler auf Dampftrieb, Schmiede und 1 Gelbgießer auf Montage nach außerhalb, Reisegeld wird vergütet.

Es suchen Stellung:

Kunztätlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schlosser, Dreher, Mechaniker, Wäcker, Tischler, Formner, Buchbinder, Steinbrücker, Wärfenmacher, Fleischer und Arbeiter für jede Arbeit.

Walhalla-Theater.

780 Täglich Künstler-Spezialitäten-Vorstellungen.

Viktoria-Theater.

Donnerstag, den 9. Juni: Novität! Jun 5. Mal: Novität! Lehmann auf der Weltausstellung. Darleste Waise mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Foudens. Musik von Wiebecke.

Freitag, den 10. Juni: Doppel-Gastspiel: Albert Bogenschard und Karli Hüder. Novität! Jun 2. Male! Novität: Das Opferlamm. Schwan in 3 Akten von Wallker u. Stein. Otto v. Griebenow — Albert Bogenschard. Wanda Wolinski — Karli Hüder.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenvereins, Breiteweg 82, 1 Tr. Donnerstag: Graupensuppe, Hammelbraten und grüne Bohnen. Freitag: Brühsuppe, Spinat und Spiegeleier, Möstkartoffeln. Sonnabend: Weiße Bohnensuppe, Rindfleisch mit Mostriehsauc.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen Gr. Marktstr. 2 und Schmidstr. 61. Donnerstag: Linsenuppe mit Rindfleisch. Freitag: Kartoffelbrei mit saurer Sauce und gebratener Leber.

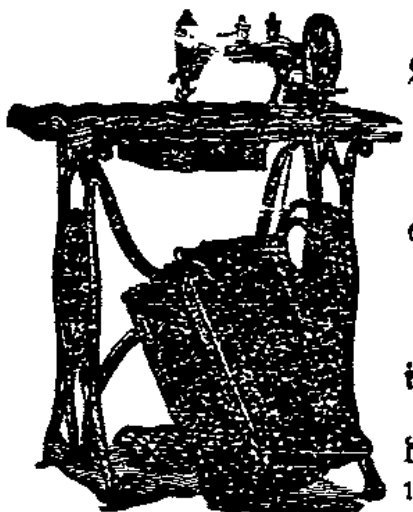
Die Sonderzüge nach Harzburg verkehren am 12. und 26. Juni, 17. und 24. Juli, 7. und 21. August. Abfahrts von Magdeburg S. 545, von Eilsleben 629, an Harzburg 641 vorm. Rückfahrt von Harzburg 813 an Eilsleben 949, an Magdeburg 1040 abends. Fahrpreis 2. Kl. 3.50, 3. Kl. 2.25. Fahrkartenverkauf wie bisher. Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren reelle Arbeit, empfiehlt C. Dittmar, Tischlermeister Tischlerfrugstraße 26. 349

Empfehle mich den werthen Genossen zum Reparieren von Fahrrädern jed. Art. Wilhelm Wilmann, Thranenberg 16/17.

Futterkartoffeln große, rote, mehlig, sind zu haben bei Herrn. Kuape, Galbke.

„Pfeil“-Nähmaschinen.



Ich bringe meine Bekanntschaft von „Pfeil“-Nähmaschinen in empfehlende Erinnerung. Diese Maschinen nehmen den ersten Platz mit ein auf dem Weltmarkte, zeichnen sich durch Leistungsfähigkeit, Ausdauer, sauberen Stich und unbegrenzte Haltbarkeit aus. Moderne Kunststickereien sind mit diesen Maschinen unerreicht schön herzustellen.

Familien-Maschinen

empfehle im Preise von 55—95 Mark, ebenso Waschmaschinen, Wringmaschinen, Wäscherollen und Buttermaschinen. Bei Teilzahlungen stelle die günstigsten Bedingungen und nehme ich auch alte gebrauchte Maschinen in Zahlung. Wer durch mich eine der obengenannten Maschinen kauft, hat die Gewähr, daß, wenn auch wirklich unentgeltlich mache. Ich komme zu diesem Zwecke gern ins Haus.

A. Ziegler

Helmstedterstraße 2 Sudenburg Helmstedterstraße 2.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 132.

Magdeburg, Donnerstag, den 9. Juni 1898.

9. Jahrgang.

An die Parteigenossen!

Wie unsere Parteigenossen aus der Bekanntmachung am Schlusse der Beilage ersehen, sollen am Sonntag, den 12. Juni im Wahlkreise Magdeburg und in den umliegenden Wahlkreisen Flugblätter verbreitet werden. Das Wahlkomitee bedarf zu diesem Zwecke mindestens 500 Genossen, die alleamt p u n k t l i c h zur Stelle sein müssen, wenn die Verbreitung exakt vor sich gehen soll. Der 12. Juni ist der letzte Sonntag vor dem Wahltermine. Nur noch vier Tage, dann soll die Entscheidung fallen, dann wollen wir den Sieg erringen. Wir werden dieses aber nur dann können, wenn wir alle Kräfte aufbieten um den Ansturm unserer Gegner zurückzuschlagen. Diese sind nicht müßig. Sie arbeiten unablässig im geheimen und nur dann werden wir siegen, wenn unsere Genossen opferwillig und thätig für unsere Sache sind. Das müge jeder Einzelne beherzigen und am Sonntag sein Teil dazu beitragen, unsere Sache zu fördern und ihren endgültigen Sieg am 16. Juni anzubahnen. Dazu ist vor allen Dingen notwendig, daß am Sonntag früh genügend Mannschaften zur Flugblattverbreitung vorhanden sind. Jeder einzelne muß es sich zur Ehre machen hierbei thätig mitzukommen und zu zeigen, daß er Verständnis für den Ernst der Situation besitzt. Dieses beherzige ein jeder, denke jeder daran, daß, je mehr Mann wir haben, desto schneller unsere Aufgabe erledigt ist und mache sich ein jeder eine Ehre daraus, zur Flugblattverbreitung zugegen zu sein. Sammelpunkt:

Dreikaiserbund, Gr.-Storchstraße. Sonntag, 12. Juni, 5 Uhr morgens. —

Chronik auf das Jahr 1848.

9. Juni.

Die deutsche Nationalversammlung erklärt, daß die schleswigsche Sache als eine Angelegenheit der deutschen Nation zu dem Bereich ihre Wirksamkeit gehöre, und verlangt, daß energische Maßregeln getroffen werden, um den Krieg zu Ende zu führen, daß aber beim Abschluß des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogtümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde. Der Antrag, daß die Genehmigung des mit Dänemark abzuschließenden Friedens der Nationalversammlung vorbehalten bleiben müsse, wird abgelehnt. Damit war die Entscheidung über die schleswig-holsteinische Frage dem Ermessen Preußens überantwortet. Bezeichnend für die Jaghaftigkeit der Abgeordneten war es, daß sie sich vor der Abstimmung über diesen letzteren Punkt zu entfernen suchten und nur durch vielfache Zurufe zum Dableiben bewogen werden konnten.

In der preussischen Nationalversammlung zu Berlin wurde weiter über den Behrendtschen Antrag verhandelt. Der Abgeordnete Zacharia hatte einen nicht ungeschickten Vermittlungsantrag eingebracht, der den Schwankenden der verschiedenen Richtungen ein offenes Eintreten für ihre politischen Ansichten ersparte und von der Versammlung angenommen wurde. Dieser Vermittlungsantrag lautete: „Die Versammlung geht in Erwägung, daß die hohe Bedeutung der großen Märzereignisse, denen wir in Verbindung mit der Igl. Zustimmung den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustand verdanken, auch das Verdienst der Kämpfer um dieselben unbestritten ist, und überdies die Versammlung ihre Aufgabe nicht darin erkennt, Urteile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, zur Tagesordnung über.“ — Während diese Debatten in der Singakademie gepflogen wurden, hatten sich vor der Thür des Gebäudes im Kastanienwäldchen große Ansammlungen gebildet, die erregt den Ausgang des Behrendtschen Antrages erwarteten. Als es bekannt wurde, daß die Versammlung der Anerkennung der Revolution aus dem Wege gegangen war, erregte dies die größte Entrüstung der angesammelten Massen. Die mißliebigen Abgeordneten wurden bei ihrem Herausreten aus der Singakademie mit Beschimpfungen empfangen; der Prediger Sydow und der Staatsminister v. Arnim kamen in solche Gefahr, daß sie durch Studenten nach der Univerfittät gerettet wurden. Seit diesem Tage herrschte eine gewitterschwüle Stimmung in Berlin, so daß der Major v. Blesson, der neue Kommandant der Bürgerwehr, diese der Nationalversammlung zu deren Schutz zur Verfügung stellte. —

Volksbildung.

Auch im bürgerlichen Lager mehrten sich erfreulicherweise die Stimmen, welche einer wahrhaften Volksbildung das Wort reden. Man erkennt in diesen Kreisen, welche furchtbare Ungerechtigkeit die Thatsache enthält, einigen Menschen, die selbst zur Entwicklung unserer Kultur so gut wie gar nichts beitragen, alle Genüsse, dem gewaltigen Heere der Arbeiter aber, die durch ihren Fleiß alle Werte hervorbringen, nicht den geringsten Anteil an den Segnungen der Kultur zuzuwenden.

Man wittert auch die Gefahr. Unwissende, geistig dumpfe Menschen dürften in Stunden gesellschaftlicher Stürme den Meißel und Kuchentern gefährlicher werden, als Massen,

die sich Bildung aneignen konnten und darum die Gesetze der Entwicklung verstehen. Sie werden nicht minder scharf die Schäden der heutigen Gesellschaft geißeln, aber sie werden bei der Bekämpfung derselben in der Wahl der Mittel vermöge ihrer höheren Bildung vorsichtiger, menschlicher sein; sie werden erkennen, daß dem roten Karneval einseitig-selbstlicher Freude der Pfingermittwoch gemeinsamen Leibes folgen kann. Darum spricht man heute so viel von Volksbildung und Volkserziehung und richtet Volksbibliotheken, Volkssongerte und Volkstheateraufführungen ein. Auch unsere Stadtverordneten haben am Donnerstag Gelegenheit, sich mit dieser Frage zu beschäftigen und wir wünschen und hoffen, daß diese Gelegenheit dazu benützt wird, die Sache der Volkserziehung durch Einführung von Volksvorstellungen im Stadttheater zu fördern. Einige praktische verwertbare, weil durch die Praxis gewonnene Fingerzeige über die Organisierung derartiger Veranstaltungen enthält die Nr. 29 der Sozialen Praxis. Der Verfasser stützt sich auf die Erfahrungen, welche man bei den Volksvorstellungen in Gotha gemacht hat, über welche er folgendes mitteilt: Nachdem bereits seit Jahren im Herzoglichen Hoftheater zu Gotha während jeder Spielzeit mehrere Vorstellungen zu ermäßigten Preisen veranstaltet worden sind, haben in diesem Jahre auf Anregung des Gotha'schen Landtages zum erstenmal sieben sogenannte Volksvorstellungen, und zwar Sonntag nachmittags, stattgefunden, zu denen jeder Platz ohne Unterschied des Stanges zum Preise von 40 Pfennig abgegeben wurde. Erst dadurch ist der Besuch des Theaters allen denjenigen Kreisen der Bevölkerung ermöglicht worden, denen solcher bei Vorstellungen zu gewöhnlichen wie auch bei ermäßigten Preisen nicht oder doch nur äußerst selten möglich wäre, ohne sich drückenden pecuniären Einschränkungen an anderer Stelle auszuweisen. Dazu gehören vorzugsweise alle Arbeiter und Arbeiterinnen im eigentlichen Sinne in Fabriken, Werkstätten, in der Landwirtschaft und sonstigen wirtschaftlichen Betrieben, alle Diensthöten, ferner Gehilfen und Gehilfinnen in allen gewerblichen Zweigen, das kaufmännische Personal, letzteres natürlich nur bis zu einem gewissen Grade, endlich auch kleinere Handwerker und die Unterbeamten der Post- und Eisenbahnverwaltung. Der Stadtrat bezeichnete als Ausgabestelle der Willets die von den Gewerbebeisitzern gewählte Kommission des städtischen Arbeitsnachweises.

Die Kommission hat sich nun ihrer Aufgabe in folgender Weise entledigt: Zunächst sind an die Vorstände sämtlicher hiesigen Innungs-, Betriebs- und eingeschriebenen Hilfskrankenkassen (einschließlich der örtlichen Verwaltungsstellen anwärts domizilierter Hilfskassen) Fragebogen versandt worden, die bis zu einem bestimmten Termin vor der betreffenden Volksvorstellung ausgefüllt zurückgeschickt wurden. Durch die Beantwortung der gestellten Fragen wurde festgestellt, wie viel Mitglieder die betreffende Kasse zählte, wie viel Eintrittskarten zu der ersten Vorstellung verlangt wurden und ob die Klasse zu bereit war, für sämtliche Vorstellungen den Gesamtpreis für die ihnen zugewiesenen Karten in einer Summe an die Kommission zu zahlen, sowie die Unterverteilung dieser Karten durch Verlosung zu übernehmen. Zu letzterer Bedingung haben sich auch alle Klassen verstanden. Dasselbe Verfahren ist auch der Post- und Eisenbahnverwaltung (Betriebsinspektion und Werkstätteninspektion) gegenüber eingeschlagen. In die gemeinsame Ortskrankenkasse hat man sich deshalb nicht gewandt, weil ihr bei der fast 7000 betragenden großen Zahl ihrer Mitglieder die Möglichkeit fehlte, die Wünsche der Mitglieder zu sammeln und die Unterverteilung an die einzelnen Mitglieder zu übernehmen.

Gleichzeitig wurden durch öffentliche Bekanntmachung in den Tageszeitungen die nicht in der Stadt Gotha wohnenden Einwohner des Herzogtums Gotha aufgefordert, etwaige Vorausbestellungen bis zu einem bestimmten Tage (in der Regel dem zehnten) vor der Vorstellung der Kommission schriftlich auf einer Postkarte mit Rückantwort einzureichen. Nach Eingang der Bestellungen seitens der Landbewohner und Klassen bestimmte dann die Kommission — unter vorzugsweiser Berücksichtigung des Landes — für die Betriebskrankenkassen etc. und Verwaltungen, die Mitglieder der hiesigen Ortskrankenkasse, für alle nicht organisierten Stadtbewohner und die Landbewohner je einen bestimmten Bruchteil der zur Verfügung stehenden 950 Plätze. Die auswärtigen Besteller erhielten auf der Rückantwortkarte Nachricht, wie viel Plätze ihnen zugewiesen waren. Die Karte diente später als Legitimation bei der Abholung der Anweisungen.

Die Klassen holten jedesmal am Montag vor der betreffenden Sonntags-Vorstellung die ihnen überwiesenen Anweisungen auf Eintrittskarten von der als Ausgabestelle benutzten gemeinsamen Ortskrankenkasse gegen Zahlung des Gesamtpreises ab und bekamen gleichzeitig die Fragebogen für die nächste Vorstellung wieder mit. Für die letzten 4 Vorstellungen, welche an 4 Sonntagen hintereinander stattfanden, wurde nur ein gemeinsamer Fragebogen ausgegeben.

Die Eintrittskarten oder Plakarten selbst wurden jedesmal am Tage der Vorstellung (vormittags während zwei und nachmittags während einer Stunde) von den Inhabern der Anweisungen im Rathause aus verdeckten Gefäßen unter Aufsicht zweier Kommissionsmitglieder gezogen. Etwa ein Viertel der gesamten Plakarten war in Couverts zu je zwei Karten vereinigt, welche auf neben einander gelegene Plätze lauteten. Nach diesen Doppeltkarten war stets große Nachfrage, namentlich von Auswärtigen. Lediglich um die

Arbeiten der Kommission nicht zu sehr anwachsen zu lassen, nahm man von der Einrichtung einer noch größeren Anzahl Doppeltkarten Abstand. Die Verlosung wie die Ausgabe der Anweisungen verliefen stets glatt, wenn sich auch polizeiliche Hilfe zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei dem oft enormen Andränge natürlich nicht ganz entbehren ließ.

Im großen und ganzen ist durch die geschilberte Organisation, insbesondere durch die Heranziehung der Krankenkasse etc., der Zweck der Volksvorstellungen (diejenigen Kreise an sich zu ziehen, welche bei gewöhnlichen Theaterpreisen sich ausschließen müssen) erreicht. Schon durch die doppelte Kontrolle der Reflektanten bei der Ausgabe der Anweisungen in der Ortskrankenkasse und bei der Verlosung im Rathause vor Kommissionsmitgliedern wurde einem Mißbrauche der Einrichtung seitens Vermittler ein kräftiger Kiegel vorgeschoben.

Die großen Anhang bereits die Volksvorstellungen gesunden haben, geht aus der Thatsache hervor, daß allein von ca. 5400 Mitgliedern der Betriebs-, Innungs- und Krankenkassen usw. zu den sieben Vorstellungen insgesamt rund 12,300 Karten bestellt wurden. Diese Klassen erhielten insgesamt 3068 Karten überwiesen, mithin rund 25% der bestellten Anzahl. Ferner konnten über 1500 Landbewohner aus 38 Ortschaften berücksichtigt werden. Von diesen hatten 1453 im voraus bestellt. Die Mitglieder der Ortskrankenkasse und die nicht organisierten Stadtbewohner erhielten im ganzen (einschließlich einer Extravorstellung) rund 1500 und 1000 Karten. Gegen die Festsetzung eines Eintrittspreises von 40 Pfennig für alle Plätze sind irgendwie erhebliche Bedenken von keiner Seite erhoben worden, sobald dieselbe jedenfalls beibehalten werden wird. Dem Bedürfnis der Theaterbesucher, nebeneinander gelegene Plätze zu besitzen, wird durch die Einrichtung der Doppeltkarten ausreichend Rechnung getragen.

Wer einmal solchen Volksvorstellungen mit ihrer bunt zusammengewürfelten, vielfach aber auch durch Lesen der Stücke in Arbeitervereinen und im Hause wohl vorbereiteter Zuhörerfchaft beigewohnt hat, wer dann Zeuge der im Theater stets herrschenden andachtsvollen Aufmerksamkeit einerseits und der spontanen, meist an treffenden Stellen erfolgenden Beifallsäußerungen gewesen ist, der wird sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß hier auch ein Stück „sozialer Praxis“ geübt wird und nicht das schlechteste.

Mögen die Förderer dieser sozialen Praxis nur recht viele Nachahmer finden. Das Volk ist der benachteiligte Boden, in welchen das Samentorn der Bildung und des Kunstverständnisses nur gesenkt zu werden braucht, um herrliche Früchte zu tragen. Mögen unsere städtischen Behörden die jetzt gebotene Gelegenheit nicht ungenützt vorübergehen lassen. —

Militärische Nachrichten.

Zwischen Offizieren der Jüterburger Garnison und Civilpersonen ist es zu einem Zusammenstoß gekommen. Die Königsberger Hartung'sche Zeitung berichtet darüber folgendes: Die Affaire nahm ihren Anfang am späten Abend bei einer Veranstaltung anlässlich eines litauischen Musikfestes im Tivoli. Zwei Civilisten traten sich hier durch das Betragen zweier Offiziere verlegt, ob mit Recht, bleibt vorläufig dahingestellt. Auf dem Markte forderte dann einer der Civilisten den einen Offizier um Angabe seines Namens, was dieser mit einem Säbelhieb über den Kopf des Fragenden beantwortete. Der Betroffene sank zur Erde und mußte sich seine Wunde später von einem Arzte verbinden lassen. Der andere Civilist stürzte sich nun auf den Offizier und warf ihn zur Erde. Das zwischen 12 und 1 Uhr. Die Offiziere begaben sich hierauf in ein Restaurant, wo später auch die beiden Civilisten eintrafen. Hier gab es Sticheleien zwischen den beiden Parteien. Ueber das, was nun folgte, schreibt das genannte Blatt wörtlich folgendes: „Als dann einer der Offiziere sich für kurze Zeit auf den Korridor begab und ihm ein dritter Civilist folgte, der schon früher eine Mißthelligkeit mit ihm gehabt haben soll, ist es hier zwischen beiden zu einem Handgemenge gekommen, bei welchem der Civilist zunächst einen Säbelhieb erhielt, worauf dem Offizier die Waffe entzogen und von seinem Gegner krumm gebogen wurde. Als die Besucher des Restaurants auf die Vorgänge im Flur aufmerksam wurden, schien es auch im Lokale eine böse Affaire geben zu wollen. Der Wirt verhärtete dies aber dadurch, daß er Feierabend gebot und die Gasse aufforderte, das Lokal binnen fünf Minuten zu räumen. Sämtliche Civilisten begaben sich auf die Straße, während die Offiziere vom Wirt im Lokal zurückgehalten wurden. Inzwischen hatte, während die Situation im Lokal für die beiden Offiziere bedrohlich erschien, ein anderer, dort ebenfalls anwesender Offizier durch einen Gardejäger eine Patrouille mit scharfen Patronen herbeirufen lassen. Als diese vor dem Restaurant erschien, verließen auch die Offiziere das Lokal und nun gab der Meistbeteiligte derselben Befehl, scharf zu laden. In diesem Augenblick trat Polizeisergeant Kuprath, dessen Besonnenheit anerkennend hervorzuheben ist, an den Offizier heran und machte ihn darauf aufmerksam, daß es nicht gestattet sei, auf der Straße, die zur Zeit von mindestens 40 Personen belebt war, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Der Offizier ließ darauf die Gewehre entladen, und er und seine Kameraden entfernten sich unter dem Schutz der Patrouille von dem Schauplatz. Die Namen der Beteiligten sind festgestellt und Anzeige bei den zuständigen Behörden erstattet.

so daß die Schuldigen nicht straflos ausgehen werden. Hervorheben wollen wir, daß die Feststellung des Sachverhalts insofern Schwierigkeiten bietet, als einige Epistoden sich ohne Zeugen abspielten."

Nachrichten aus dem Auslande.

In Oesterreich steht eine Ministerkrisis bevor, da die deutschen Oppositionsparteien und die Sozialdemokraten beschloffen haben, dem Ministerium Thun seiner deutschfeindlichen Haltung wegen um jeden Preis Obstruktion zu machen. In der Diensttags-Sitzung des Abgeordnetenhauses begann bereits die Obstruktion. Schönerer überreichte eine Petition von 2183 Gemeinden gegen die Sprachenverordnungen und begann die Namen aller Gemeinden zu verlesen, worauf ihm der Präsident das Wort entzog. Schönerer las weiter, während der Präsident anderen Abgeordneten das Wort erteilte. Es spielte sich alsdann ein der in Oesterreich bekannten „parlamentarischen“ Szenen ab, während Schönerer immer weiter las. Schließlich machte der Präsident der Scene ein Ende, indem er sagte, „es sei ihm unbekannt gewesen, daß Schönerer alle von ihm verlesenen Petitionen überreichte, weshalb er alles gegen Schönerer zurücknehme“. Damit war der Zwischenfall beendet, jedoch verzichtete Graf Thun darauf, die Anfragen zu beantworten.

Die Schweizer Bundesversammlung trat am Montag zur ordentlichen Sommer-session zusammen. Im Nationalrat wurde der Antrag gestellt, der Bundesrat solle die Einführung des Tabakmonopols unter entsprechender Beteiligung der Kantone am Ertrage prüfen.

Aus Irland wird nach einer verhältnismäßig langen Zeit der Ruhe wieder einmal über Krawalle berichtet. In Belfast fand am Montag eine Prozession der irischen Nationalisten statt. Nach derselben griffen mehrere Tausend Orangisten (protestantische Irländer) die Polizei wiederholt an. Letztere wurde überwältigt und in ihre Kasernen zurückgedrängt. Mehrere berittene Schutzleute wurden schwer verletzt, einer konnte nur dadurch vom Tode gerettet werden, daß die Polizei die Revolver zog. Der Pöbel riß sodann das Straßenpflaster auf, um die Steine als Wurfgeschosse zu benutzen. Als eine Schwadron Dragoner und zwei Kompanien Infanterie auf dem Platze erschienen, wurde die Ruhe wiederhergestellt. Es wurden etwa 20 Verhaftungen vorgenommen. Man befürchtet neue Ausschreitungen, da die Orangisten äußerst erbittert gegen die Polizei ist. Der 6. Juni ist der Jahrestag des Ausbruchs des Aufstandes vom Jahre 1886, an dem die Polizei 7 Zivilisten erschoss.

Der Aufstand in Domingo soll nach einer New-Yorker Meldung der Weferzeitung bereits unterdrückt sein, im ganzen Lande herrsche Ruhe. Wie dem Hannov. Anzeiger mitgeteilt wird, ist das Gerücht von der Ermordung des Präsidenten der Dominikanischen Republik, Heureaux, unbegründet.

Spanien und die Vereinigten Staaten.

Vom Kriegsschauplatz.

Nach allen, vom Kriegsschauplatz kommenden Nachrichten wird es voraussichtlich recht bald in der Nähe von Santiago zu einem entscheidenden Gefechte kommen. Da Santiago von der Seeseite her schwer beizukommen ist, haben die Amerikaner einen Angriff zu Lande mit Unterstützung der Insurgenten vorbereitet. Eine erhebliche amerikanische Truppenmacht ist westlich von Santiago gelandet worden, weitere Landtruppen sind von Tampa her unterwegs.

Ueber die Truppenlandungen auf Cuba meldet eine dem Newyorker Evening Journal aus Kingston zugegangene Depesche vom Montag, die Amerikaner hätten bei Punta Cabrera westlich Santiago de Cuba mindestens 5000 Mann gelandet. Dieselben hätten sich mit etwa 3000 Aufständischen unter Garcia vereinigt. Es wird behauptet, daß die Amerikaner nur geringen Schwierigkeiten bei der Landung begegneten, während welcher Admiral Sampson die Geschütze am Lande durch die Kanonenboote unter Feuer gehalten habe. Auch einige große Belagerungsgeschütze wären mit gelandet worden. Punta Cabrera liegt etwa 16 Kilometer westlich von der Einfahrt in die Bucht von Santiago und eine Einschließung dieses Ortes von der Landseite würde den Admiral Cervera wohl in absehbarer Zeit zwingen, einen Durchbruch zu versuchen oder zu kapitulieren.

Auf den Philippinen steht es um die Sache der Spanier sehr schlecht. Das britische Kanonenboot „Swift“, welches in Hongkong am Montag von Manila eingetroffen ist, brachte die Nachricht, die Aufständischen hätten die Eisenbahnen außerhalb der Stadt aufgerissen und seien auf 4 Meilen an Manila herangerückt. Ein spanisches Regiment hat in Zamboanga und seine Offiziere erschossen. Es fanden häufig Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Spaniern statt. Die ersteren hätten 1000 Gefangene nach Cavite gebracht. Die Amerikaner unterstützen die Aufständischen mit Schnellfeuergeschützen. Priester, welche die Aufständischen gefangen genommen hatten, sollen von ihnen fürchtbar mißhandelt sein. Die Bewohner Manilas britischer Nationalität bleiben in der Stadt, die übrigen Ausländer haben sich auf die fremden Schiffe zurückgezogen.

Wie in Washington verlautet, benachrichtigte Admiral Dewey das Marine-Departement davon, daß in der Provinz Cavite die Spanier wiederholt von den Aufständischen in der Gegend geschlagen wurden. Fünfzig spanische Offiziere und 1800 Mann seien gefangen genommen worden. Das Arsenal von Cavite wäre zur Aufnahme der amerikanischen Truppen bereit.

Nachrichten aus Magdeburg.

Recht sonderbare Praktiken huldigt ein bekannter Arzt in Schönebeck, der auch in der gegenwärtigen Wahlbewegung eine nicht gerade sehr rühmliche Rolle spielt. Kam der weinlich ein Lehrling aus einer Maschinenfabrik zu ihm, der von einem Werkmeister verprügelt worden war, um sich ein ärztliches Attest ausstellen zu lassen.

Der Herr Doktor verweigerte aber die Ausstellung dieses Attestes, obgleich er Kassenarzt war. Der mißhandelte Junge begab sich darauf zur Polizei und erhielt hier den Rat, sich von einem anderen Arzte ein Attest ausstellen zu lassen, um den Werkmeister verklagen zu können. Man weiß nicht recht, wer hier einschleudert zu verurteilen ist, der Werkmeister, der einen Jungen brutal mißhandelt, oder der Arzt, der sich weigert ein Attest auszustellen, damit der Mißhandelte sein Recht wahrnehmen kann.

Die Scharen der freilebenden Zimmerer lästeten sich immer mehr durch Abreise der Streikenden. So sind im Laufe dieser Woche wieder 40 Mann abgereist. Arbeitswillige haben sich noch nicht gefunden. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als wenn der Streik noch sehr lange dauern wird, wenn die Arbeitgeber nicht bald andere Saiten aufziehen.

Die Gerichtsfreien begannen am 15. Juli und enden am 15. September. Während der Ferien werden nur in Ferienferien Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen. Ferienferien sind: 1. Strafsachen; 2. Arrestsachen und die einstweilige Verfügung betreffender Sachen; 3. Meß- und Maßsachen; 4. Streitigkeiten zwischen Vermietern und Mietern von Wohnmieten; 5. Streitigkeiten wegen Ueberlassung, Nutzung und Mängel von Sachen, sowie wegen Zurückbehaltung der vom Mieter in die Wohnräume eingebrachten Sachen; 6. Wechselnachen; 7. Wausachen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen Baues gestritten wird. Das Gericht kann auf Antrag auch andere Sachen, soweit sie besonderer Beschleunigung bedürfen, als Ferienferien bezeichnen. Auf das Wahlverfahren, das Zwangsvollstreckungsverfahren und das Konkursverfahren sind die Ferien ohne Einfluß, ebensowenig nach § 91 des Ausführungsgesetzes vom 24. April 1878 auch auf die Angelegenheiten der nicht freilebenden Gerichtsbarkeit.

Ueber die Reform der Einkommensteuer teilt die Magdeburger Zeitung folgendes mit: Gestern hat der Ausschuss für die Beratung der revidierten Einkommensteuerordnung seine letzte Sitzung abgehalten, und die vom Magistrat gemachten Vorschläge haben mit geringfügigen Abänderungen die Genehmigung des Ausschusses erhalten. Die Vorlage über die neue Einkommensteuerordnung wird der Stadtverordnetenversammlung in den nächsten Tagen zugehen und soll für die auf Freitag, den 17. Juni, in Aussicht genommene Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt werden. So viel läßt sich schon mitteilen, daß die Einkommensteuer namentlich für kleinere und mittlere Lokale eine erhebliche Ermäßigung erfahren haben; überhaupt hat man bei den Steuerbefreiungen die weitgehendste Verschonung angebracht, und da es nun einmal nicht ohne diese Steuer geht, werden die Steuerzahler wohl mit der neuen Einrichtung der Steuerordnung zufrieden sein können.

Unfälle. Der Steinseherlehrling Otto N. wurde, als er sich auf seiner Karre in der Kaiserstraße bei Kasernen Ravensberg ausrückte, von einem vorbeifahrenden Pferde geschlagen, wobei ihm der Schädel zertrümmert wurde. Beim Absteigen von der Straßenbahnhaltestelle Domplatz fiel die Witwe Dorothie N. zur Erde und erlitt einen Oberschenkelbruch. Beide Verletzte fanden Aufnahme in der altschädeligen Krankenanstalt. Der Arbeiter Friedrich D. hat sich kürzlich bei der Arbeit an einem Kran die rechte Hand verletzt. Die seitdem eingetretene Verschlimmerung der Wunde machte seine Aufnahme in der Sudenburger Krankenanstalt erforderlich.

Nachrichten aus der Provinz.

Am Sonntag, den 5. Juni feierte der Arbeiterverein in Neuhaubensleben sein erstes Stiftungsfest, zu welchem mehrere Hundert Arbeiter von außerhalb erschienen waren, um das vom herrlichen Wetter begünstigte Fest verschönern zu helfen. Morgens früh wurde ein Aufzug nach dem Papenberg unternommen, nachmittags um 3 Uhr begann das Konzert. Zu diesem hatten sich die Besucher in großer Menge eingefunden, die sämtliche Gefangenen vortrüge mit lebhaftem Beifalle aufnahmen. Am das Konzert schloß sich ein Ball, der die Teilnehmer bis spät in die Nacht hinein beisammen hielt. — In Staßfurt fiel in der Hammerstraße der achtjährigen Tochter des Arbeiters Straube aus der Höhe der ersten Etage ein Mauerstein auf den Kopf. Das Kind erlitt einen doppelten Schädelbruch und mußte in das Krankenhaus gebracht werden, wo es hoffnungslos darniederliegt. Der Verdacht, den Stein hinabgeworfen zu haben, richtet sich gegen einen im Hause wohnenden Mann; es ist bereits Anzeige erstattet. — In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, kurz bevor der 12 Uhr Zug Warleben passierte, ging der Bahnwärter De. seine Strecke ab und fand auf den Schienen zwei große Felssteine, auch einen Teil einer Wurzelpolze. Jedenfalls haben anmerkte Durchschnitte diesen „Schmerz“ gemacht. Der andere Teil der Walze ist in die Schiene verankert worden. — Der Göttinger Kleinmann an der Marientirche in Salzwedel stürzte vom Turm und verletzte sich so schwer, daß er nach einigen Stunden starb. N. hatte auf Bitten einiger Knaben Dohlen aus ihren Nestern genommen. Im Besitze einiger derselben wollte er zurückkehren, trat jedoch hierbei, fiel und geriet ins Straucheln. In einer morschen Latte versuchte er sich nun festzuhalten, doch brach dieselbe weg, so daß er mehrere Stockwerke innerhalb des Turmes herunterstürzte und sich einen Schädel- und Beinbruch, sowie Rippenbrüche zuzog.

Nachrichten aus dem Reiche.

Auf dem Bahnhofe Allich bei München stießen zwei Güterzüge zusammen, wobei ein Bremser getötet und ein Jugendlerner und ein Viehwärter verletzt wurden. Viele Wagen wurden zertrümmert, so daß die Gleise mehrere Stunden lang vollständig gesperrt waren. — In Mühlhausen im Elsaß wurde der Mörder Schneider, welcher vor einigen Tagen eine Ehefrau umgebracht hatte, auf der Straße festgenommen. Schneider gab auf die Schutzleute, welche ihn verhaften wollten, vier Schüsse aus einem Revolver ab und jagte sich den künftigen durch den Kopf. — In Stettin unternahm der Arbeiter Pregel gegen die Witwe eines Rentiers einen Raubmordversuch; der Arbeiter war der Witwe noch 3 Mark schuldig. Angehtlich um ihr das Geld zu bringen, begab er sich in die Wohnung der Witwe und benutzte eine sich ihm darbietende günstige Gelegenheit, um die alte Dame so lange zu würgen, bis sie bewusstlos zu Boden sank. Er räumte ihr alsdann 30 Mark und verschwand. — In dem Boppstrieder von Epeuslied bei Wargzell wurden am Sonnabend zwei Steinbrecher verhaftet und als Reichen herangezogen. Der Betrieb des Porphyrtwerkes ist, da vor kurzem schon einige Italiener verhaftet worden sind, nunmehr eingestellt. — In Posen verurteilte der evangelische Geistliche in einem Anfälle von Verfolgungswahnsinn sich die Kehle durchzuschneiden.

Soziale Bewegung.

Inland.

Der 13. Verbandstag der deutschen Gewerkschaften befaßte sich im weiteren Verlauf seiner Verhandlungen mit der Presse. Sämtliche Anträge, welche Änderungen an der Erscheinungsform des Gewerkschaftsorganes herbeiführen wollten, wurden abgelehnt. Mit der Haltung des Organes und der Thätigkeit des Mediateurs erklärte man sich einverstanden. Von den verschiedenen Anträgen, welche zur Annahme gelangten, ist beachtenswert ein Antrag, der die Errichtung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises bezweckt. Ein von Düsseldorf und von Mülheim gestellter Antrag, wonach in Zukunft die Bestimmung, daß sozialdemokratische Arbeiter nicht in die Gewerkschaften aufgenommen werden können, weggelassen soll, wurde abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag auf Errichtung von Vereinskassen großen Stils und einer eigenen Druckerei im Rahmen einer Genossenschaft. Damit war die Tagesordnung erledigt und erfolgte der Schluß der Verhandlungen.

Zum Maurerstreik in Neuhaubensleben wird uns berichtet, daß im Strette July 13 Maurer befinden mit 151 Kindern. Die Situation ist günstig. 20 Kollegen sind

bereits abgereist und 10 haben in der Umgegend Unterkunft erhalten.

Der Streik der Former in Wolfenbüttel dauert unverändert fort. Wir machen alle Former ganz besonders hierauf aufmerksam, da die Firma in auswärtigen Zeitungen Former für hohen Lohn und Reisevergütung nach Wolfenbüttel sucht.

Ausland.

In Fulda (Oesterreich) sind seit dem 31. Mai vierhundert Arbeiter und Arbeiterinnen der Tücherfabrik von Pollat wegen Lohnbifferenzen im Auslande.

Die Prager Zimmerer sind im Kampfe mit den Unternehmern unterlegen. Es gelang den letzteren, unterstützt von der „patriotischen“ Presse, auswärtige Arbeiter heranzuziehen. Auch die jugoslawische Stadtverwaltung unterstützte die Unternehmer, indem sie die Lieferungsverträge verlängerte.

Eine große Ausperrung hat die Susefennagelfabrik von Norge in Christiania vorgenommen.

Aus London wird gemeldet: Am Sonnabend nahmen die Kohlengruben-Besitzer die Beratungen in Cardiff wieder auf; die von den Arbeitern geforderte zehnprozentige Lohnerhöhung wurde wiederum abgelehnt.

Generalversammlung des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Während der Pfingstfeiertage tagte in Frankfurt a. M. die Generalversammlung der graphischen Arbeiter. Anwesend waren 34 Delegierte. An den Rechenschaftsbericht und den Bericht über die Lohnbewegungen knüpfte sich eine längere Debatte, in der von einer Seite gegen den Vorstand wegen des Berliner Streiks Vorwürfe erhoben wurden. Schließlich gelangte gegen eine Stimme folgende Resolution zur Annahme: „Die Generalversammlung ist nach reiflicher Aussprache des weitens größten Teils der Delegierten zu der Ueberzeugung gekommen, daß bei dem Berliner Streik dem Hauptvorstand sowie der Verwaltung und der Lohnkommission Fehler unterlaufen sind, die fernerhin vermeiden werden müssen und erwartet, daß jede Verwaltung, gleichviel an welchem Orte sie ist, sich streng an die Beschlüsse der Generalversammlung, sowie an unser Statut hält.“ Die Sonderorganisationen in Stuttgart und Leipzig erklärten durch ihre Vertreter, daß sie gesonnen wären, dem Verband der graphischen Arbeiter beizutreten. Auf Antrag Gebicke-Berlin soll den Formstechern und Tapetendruckern gestattet werden, besondere Filialen im Verbande zu errichten. Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung beschloß die Generalversammlung ohne Debatte, da sich bereits bei der Urabstimmung eine starke Strömung für diese Unterstützungsart zweck bemerkbar gemacht hatte. Die Verlesung mit dem Sonnabend wurde mit sechzehn gegen dreizehn Stimmen angenommen: Als Sitz des Vorstandes wurde Berlin gewählt. Bei der Statutenberatung wurden folgende, wichtigeren Beschlüsse gefaßt: Ausschluß der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen aus dem Verein, jedoch werden Schleifer und Präger als Vereinsgenossen betrachtet und nach wie vor aufgenommen. Der Verein führt künftig den Namen: Verein der Lithographen, Steinbrucker und Berufslosen Deutschlands. Der Beitrag wird auf 40 Pf. festgesetzt, die Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung beträgt bei 26 resp. 32 Wochen 13 und 36 Mark, ebenso die Umzugskosten. Die übrigen Änderungen sind unwesentlicher Art und hatte damit die Verhandlung ihren Abschluß erreicht.

Gerichtliche Urteile.

Sandgericht Magdeburg.

Der Arbeiter Carl Pieper zu Ebdendorf hatte dort im vorigen Jahre Stellung als Pferdewechter bei dem Gutbesitzer Reindorf und war Vorstand eines Vereins, verkehrte auch in einem Gasthause, die beide in dem Hofe standen, sozialdemokratische Sympathien zu haben. Reindorf soll nun, wie der Angeklagte in der Verhandlung behauptete, ihn mehrfach aufgefordert haben, aus dem Verein auszutreten und den Gasthof zu meiden, sowie ihn, als er dies nicht that, entlassen haben. Pieper will dann mit seiner Familie bittere Not gelitten haben, weil er zwar wiederholt Arbeit gefunden habe, aber von Reindorf wieder hinausgedrängt sei. Derselbe hätte ihn aus der Gegend weghaben wollen und sich fortlaufend erkundigt, wo er — Pieper — arbeite. Kaum habe er zu arbeiten angefangen gehabt, so sei Reindorf bei seinem neuen Arbeitgeber erschienen und habe den berebet, ihn zu entlassen, was denn auch immer geschehen sei. Im September sei er von Maurern zum Nichtsest geladen und habe stark getrunken gehabt. Auf dem Heimwege sei er von dem Landauer des Reindorf überholt und hinten aufgesprungen, wobei ihm der Gedanke gekommen sei, Reindorf schädigt dich so schwer, füge ihm doch auch einmal Schaden zu und habe er Lächer in das Wagenverdeck geschritten. Im Wagen habe aber Reindorf gefessen und er sei gefaßt worden. Pieper will geglaubt haben, der Wagen sei leer. Zeuge Reindorf bekundete, er habe den Angeklagten wegen ungebührlichen Betragens und Wesensdiesfalls entlassen. Das Schöffengericht strafe Pieper wegen Sachbeschädigung mit 50 Mark. Die Staatsanwaltschaft, dem die Sühne zu gering erschien, legte Berufung ein und der Gerichtshof zweiter Instanz erkannte auf 2 Monate Gefängnis, weil die That als eine beispiellos rohe und häßliche anzusehen sei und der Angeklagte augenscheinlich nicht betrunken, auch nicht von Reindorf gereizt worden sei, beim selbst angenommen, es sei wahr, daß Herr Reindorf Pieper mehrmals aus der Arbeit gebracht habe, so sei es demselben gewiß nicht zu verdenken, wenn er danach hingesehen habe, daß ein derartig gefährlicher Mensch aus dem Dorfe komme.

Am 21. März d. J. verteilte der Arbeiterinvalid Julius Große zu Staßfurt einen sozialdemokratischen Wahlaufruf und zwar in einzelnen Fällen auch auf der Straße, obwohl der Wahltag erst am 22. April festgesetzt wurde. Das Schöffengericht zu Staßfurt nahm einen Verstoß gegen das Breviergefetz als vorwiegend an und erkannte auf eine Woche Gefängnis. Das Berufungsgericht verwarf die Berufung des Angeklagten mit der Maßgabe, daß die Strafe auf 30 Mark herabgesetzt wurde.

Der vielfach bestrafte Bäcker Georg Friedrich aus Mugsburg stahl am 27. November v. J. hier selbst aus einem Hausflur ein Fahrrad und verkaufte es dann unter Mithilfe des vielfach bestraften Schmieds Karl Schütze aus Egelu für 40 Mark. Friedrich erhielt zusätzlich 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus, Schütze zusätzlich 2 Jahre Zuchthaus, beide trafen ferner je 5 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Der Maurer Paul Schmidt zu Burg, geboren 1866,

erbrach am 19. Februar d. J. den Weinsteller eines Restaurateurs und stahl 18 Flaschen Wein und Spirituosen. Dem Angeklagten wurden 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust zuerkannt.

Die verhehlte Arbeiter Marie Michaelis geb. Warnstedt hier, geboren 1858, war im Oktober 1897 dadurch in Not geraten, daß ihr Mann arbeitslos war. Um sich Geld zu verschaffen, erschwindelte sie sich von einem Tischlermeister einen Kleiderschrank und drei Stühle für 77 Mark auf Möbelleihkontrakt und verkaufte sie wieder für 82 Mark, leistete auch keine Anzahlung. Die Angeklagte erhielt wegen Unterschlagung 8 Monate Gefängnis.

Die verhehlte Landwirt Friedrich Nagel, Minna geb. Falkenberg, zu Eidenhof, geboren 1838, führt ihrem Sohne die Wirtschaft und verwendete in den Jahren 1896, 1897 bei der Butterzubereitung 5 Pfund Schmalz und alte Butter, wovon sie dann verkaufte. Sie wurde wegen Vergehens gegen § 10 des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1870 mit 30 Mark Geldstrafe belegt.

Schöffengericht Magdeburg.

Die verhehlte Stadtkoch Morgenstern, Selma geb. Fiedler, hier, geboren 1869, ging am 23. März d. J. mit ihrer Mutter, die Einkäufe besorgen wollte, in das Heilbrunnische Geschäft, das von Kaufstüben stark besucht war, und benutzte die Gelegenheit, zwei Bälle zu stehlen, die sie in eine Papierhülle steckte, in der sich ein Hut befand. Ein im Laden anwesender Kriminalschuttmann hatte die That beobachtet und machte eine Verkäuferin aufmerksam, die dann die Diebin frug, ob sie außer dem Ball noch andere Waren zu kaufen wünsche. Sie erwiderte, neben ihre Mutter tretend, sie würden bereits bedient und reichte der Verkäuferin einen der gestohlenen Bälle hin, die den Preis von 50 Pf. auf einen Bon notierte und den Ball an sich behielt. Bald darauf trat die Angeklagte an den Kassen, bezahlte die von ihrer Mutter gekauften Waren, ließ aber den Ball nebst dem Bon zurück. Es folgte ihr der Schuttmann, der sie aufforderte, auch den zweiten Ball zurückzugeben. Sie that dies und entschuldigte sich mit Vergesslichkeit. Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagte wegen Diebstahls zu einem Tag Gefängnis.

Gewerbegericht Magdeburg.

Der Arbeiter K. verlangt von dem Malermeister Lauenroth 3.00 Mark Restlohn. Kläger glaubte, daß der Beklagte ihm diesen Betrag für eine Leiter, die er beschädigt haben sollte, einbehalten würde. Er hörte deshalb ohne zu klagen auf. Der Beklagte hatte sich aber noch garnicht bestimmt zu dem Vorfall geäußert und behielt das Geld als Entschädigung für den Vertragsbruch. Kläger wird mit seiner Forderung abgewiesen, da er die Arbeit unbefugt verlassen habe.

Der Zimmermann M. ist von dem Bauunternehmer Bethge ohne Kündigung entlassen; er verlangt deshalb für vierzehn Tage 54.00 Mark Entschädigung. Der Beklagte bestreitet den Kläger überhaupt beschäftigt zu haben, einigt sich aber doch mit dem letzteren auf 20.00 Mark.

Die Blissetmamsel B. verlangt von dem Hotelier Müller 19.60 Mark Restlohn. Die Klägerin behauptet entlassen zu sein, während der Beklagte behauptet, die Klägerin sei selbst gegangen. Er ist bereit nach 8.40 Mark Abzug für den ihm entstandenen Schaden den Rest zu zahlen. Beide Parteien einigten sich auf 16.60 Mark, die Beklagte zu zahlen hat.

Verschiedenes.

Aus dem Paradies der Liebe. Ein **Monstre-Kuppelprozeß** wurde kürzlich vor dem Landgericht München I gegen den Weinrestaurateur Karl Gilliger und dessen ehemaligen Oberkellner Franz Brandhuber durchgeführt. Nicht um jene Prostitution handelte es sich in der Hauptsache, über die die „bessere Gesellschaft“ mit einem fi done — auf Deutsch: Pflui Teufel — zur Tagesordnung übergeht, sondern um die Prostitution in Sammet und Seide, die in Chambres separées bei einer Flasche Sekt Orgien feierte. Es waren nur „bessere Damen“, die in Begleitung älterer Herren, Studenten, Offiziers-Aspiranten usw. seit Jahr und Tag in diesen separaten Salons ein- und ausgingen und sich dort bei schäumendem Weine nach Herzenslust amüsierten. Es war in den Kreisen der Lebemannern nur zu bekannt, daß man in diesen Chambres separées sich nach Bestellung einer Flasche süßen Weines ungeniert „amüsieren“ kann; der Zubrang zu diesen separaten Salons war oft derart, daß die Liebespaare „anstandslos, wie in einem Reichthum“ und daß diese, oft 8 bis 10 Paare, in dem anstoßenden Wintergarten promenieren gehen mußten, bis eben die Reihe an sie kam. Eine Prostituierte z. B. war innerhalb 2 Monaten nicht weniger als 70 mal da, täglich oft mehrmals und immer wieder mit einem andern Herrn. Und dieses Treiben war stadtbekannt und eigenkündlich — nur der Besitzer und sein Oberkellner wollen davon keine Kenntnis gehabt haben, wie sie gestern behaupteten. Die Weinpreise in den separaten Salons waren selbstverständlich höhere als im allgemeinen Restaurant. Die beiden Salons waren derart, daß sie von einer circa 5 Centimeter dicken Bretterwand von einander getrennt waren und oben von einer elektrischen Glühlampe beleuchtet wurden. Durch einen um diese Glühlampe angebrachten Spiegelschirm war die Vorrichtung getroffen, daß man die Vorgänge in einem oder dem andern Salon genau beobachten konnte. Auf diese Weise hat eine Zeugin wahrgenommen, daß sich im Nebenalon ein alter Herr mit zwei jungen Mädchen im Coatskostüm höchlichst amüsierte. Die Neugierde der Angestellten brachte es mit sich, daß in der Holzwand mit der Zeit eine kleine Oeffnung entstand, an der sich oft das Personal mit Zuschauern vergnügte. Wie eine weitere Zeugin behauptet, soll einmal ein Kellner im kritischen Moment unangemeldet den Salon betreten haben. Darüber soll der Herr furchtbar erobert gewesen sein, der Kellner habe ihn aber mit den Worten beruhigt: „Ist mir mit nichts mehr neues, mein Herr, so etwas kommt öfter vor.“ Die mehr neues, mein Herr, so etwas kommt öfter vor.“ Die Angeklagten leugnen die ihnen zur Last gelegte Kuppelerei; Gilliger gab an, daß er im Sommer 1897 in Zahlungs-schwierigkeiten geraten sei und damals so aufgereggt war,

daß er sich wenig um das offene Geschäft kümmerte, und dann sei dort sehr Hauptaugenmerk auf das Engrosgeschäft gerichtet gewesen. Der Oberkellner hatte von ihm den strengsten Auftrag, zweifelhafte Personen zurückzuweisen. Auch der Oberkellner will von dem Treiben in den Extra-Salons nichts gewußt haben, seine vereinnahmten Trinkgelder in den Salons waren nicht höher als in der Restauration. — Der Staatsanwalt hielt die Anklage vollkommen aufrecht und beantragt gegen die Angeklagten je sechs Wochen Gefängnis. Das nachts 11 Uhr verkündete Urteil lautet für Gilliger und Brandhuber auf je zwei Monate Gefängnis.

Das Landgericht zu München verurteilte einen 64 jähr. Tagelöhner, der gebildet hatte, daß seine 25 jährige Tochter mit ihrem Geliebten, einem Arbeiter, in einem Zimmer der väterlichen Wohnung gemeinsamen Haushalt führte, wegen **schwerer Kuppelerei** zu einem Jahre Zuchthaus. Der Vater hatte augenscheinlich keine Ahnung, daß er sich durch die Duldung der Kuppelerei schuldig mache. Mit diesem Urteile vergleicht man das im vorstehenden Prozesse gefällte Urteil.

Gemeinde-Zeitung.

Zur Schularztfrage.

In Königsberg i. Pr. hat der Magistrat die Anstellung von zehn Schularzten beantragt, denen ein Honorar von je 600 Mark jährlich bewilligt werden soll. Die ausgearbeitete Dienstamtsweisung besagt: Die Schularzte sollen den Gesundheitszustand der Schüler überwachen, sie sollen ferner den Leitern und Lehrern der Schulen in schulhygienischen Fragen die nötige Auskunft erteilen. In Erfüllung dieser Pflichten sollen sie die neuereitenden Schüler möglichst bald genau auf ihren Gesundheitszustand untersuchen und dabei feststellen, ob das Kind einer besonderen Berücksichtigung bei dem Unterricht, zum Beispiel bei Ausschließung oder Beschränkung in einzelnen Fächern (Turnen, Singen), oder Anweisung besonderer Sitzplätze bei Kurzsichtigkeit oder Schwerhörigkeit bedarf. Ueber jedes Kind soll ein Gesundheitsbogen ausgefüllt werden, der es von Klasse zu Klasse bis zur vollendeten Schulzeit begleitet und bei einem Schulwechsel mitgegeben wird. In dem ersten Teile einer alle vierzehn Tage abzuhaltenden Sprechstunde sollen jedesmal zwei bis vier Klassen einem Besuche des Schularztes unterzogen werden, wobei dieser die sämtlichen Kinder der Klasse äußerlich untersucht und die einer genaueren Untersuchung bedürftigen zurückstellt. Sodann folgt die genauere Untersuchung der zurückgestellten und der von den Lehrern aus besonderer Veranlassung zugeführten Kinder anderer Klassen. Eine Behandlung der krank befundenen Kinder soll von dem Schularzte nicht übernommen werden; die Kinder werden vielmehr mit einer schriftlichen Meldung über den Krankheitsbefund den Eltern nach Hause geschickt. Auch außerhalb der regelmäßigen Schulbesuche können dem Schularzte von dem Schulleiter einer ansteckenden Krankheit verdächtige Kinder in die Sprechstunde geföhrt werden. Die gesamten Räume der Schule sollen zweimal im Jahre von dem Schularzte unter Zuziehung des Schulleiters und eines städtischen Baubeamten untersucht werden; auch während der regelmäßigen Schulbesuche sollen die Heizung, Ventilation, Beleuchtung und die sonstigen hygienischen Einrichtungen beobachtet werden. Um die Lehrer mit den wichtigsten Fragen der Schulhygiene vertraut zu machen, sollen ihnen durch die Schularzte im Winter hierüber Vorträge gehalten werden.

Statistisches.

Die Zahl der Geisteskranken in den Irrenanstalten Preussens wird seit 1875 mittels Zählkarten festgestellt. Nach der statistischen Korrespondenz gingen im Jahre 1896 aus 228 (im Vorjahre 225) Anstalten Nachrichten ein. Von diesen Anstalten befanden sich vier (vier) im Besitz des Staates. Die Provinzial- und Bezirksverbände unterhielten 55 (55) selbständige Irrenanstalten und drei (drei) Anstalten als Abteilungen von Kranken- und Armenhäusern, 13 (15) Städte besaßen ebenfalls selbständige Irrenanstalten und 16 (14) Städte brachten ihre Geisteskranken in Abteilungen von Kranken-, Siechen- oder Armenhäusern unter. Außerdem nahmen 41 (36) Wohlthätigkeitsanstalten in Besitz von Orden und Vereinen Geisteskranken auf. Privat-Irrenanstalten endlich gab es 96 (98), von denen 38 (39) Aerzte zu Besitzern hatten. Die Zahl der Fälle von Geisteskrankheit, die in den preussischen Irrenanstalten zur Behandlung gelangten, betrug im Jahre 1896 62 571 gegen 60 701 im Vorjahre und 18 761 im Jahre 1875. Bieht man die zahlreichen Geisteskranken, die innerhalb eines Jahres die Anstalt wechselten, ab, so belief sich die Zahl der Geisteskranken in den Irrenanstalten Preussens im Jahre 1897 auf 58 534 gegen 56 647 im Vorjahre, so daß im letzten Jahre eine Steigerung um 1887 oder fast 3 Prozent stattgefunden hat. Unter diesen Geisteskranken befanden sich 31 750 (30 521) männliche und 26 784 (26 126) weibliche Personen. Unter den männlichen Irren litten 12,94 Prozent, unter den weiblichen nur 1,00 Prozent am Säuferwahnsinn.

Ueber die Entwicklung der Eisenbahnen der Erde in dem Jahreslauf 1892 bis 1896 ist dem **Maifeste des Rechts** für Eisenbahnen folgendes zu entnehmen: Zu Ende 1896 hatten die Eisenbahnen der Erde einen Umfang von rund 715 000 Kilometer gegen 654 528 Kilometer Ende 1892. Das Eisenbahnnetz ist in den fünf Jahren ziemlich gleichmäßig jährlich um 13 bis 16 000 Kilometer gewachsen. Amerika ist immer noch der an Eisenbahnen reichste Erdteil, die Vereinigten Staaten allein besitzen 294 088 Kilometer mehr Eisenbahnen als ganz Europa mit 527 203 Kilometer. In Asien sind 45 883 Kilometer, in Australien 22 372 Kilometer, in Afrika 14 798 Kilometer. Unter den europäischen Staaten nimmt das Deutsche Reich mit 47 348 Kilometer die erste Stelle ein, es folgen Frankreich mit 41 173 Kilometer, Rußland einschließlich Finnland mit 38 642 Kilometer, Großbritannien und Irland mit 34 221 Kilometer, Oesterreich-Ungarn mit 32 180 Kilometer. Das Anlagekapital der

Eisenbahnen der Erde wird auf 144 1/2 Milliarden Mark, die Anzahl der Lokomotiven auf 181 219 Stück, die Gesamtzahl der unmittelbar beim Betrieb der Eisenbahnen beschäftigten Personen auf 6 Millionen berechnet.

Meine Chronik.

Einen „Verein Deutscher Ratheslöser“ giebt es nun auch schon. Wie der Briefkasten einer Berliner Zeitung, dem das „Wachsende dieses Vereins sehr am Herzen liegt“, verstanden ist, die Beschäftigung zum Ratheslösen nicht Bedingung für Aufnahme in jenen Verein. Daraus geht es aber in ihm „gemüthlich, vornehm und echt deutsch“ zu. Ein achjähriger Bismarckjunge hat in Namslau seinen fünfjährigen Bruder erbrockelt, indem er ihm, als beide allein in der Stube waren, eine Schlinge um den Hals legte, diese an das Bett knüpfte und sich dann entfernte. — Aus Unvorsichtigkeit erlosch ein Anker in Christo fsg rund (Schlesien), der mit dem Hebel des Vaters spielte, seine Schwester. — Die Schulden der Prinzessin Luise von Koburg, über deren Deckung jetzt eifrig unterhandelt wird, erreichen drei Millionen Gulden. — Die Bedeutung der Fremdenaison für die Schweiz besteht aus der Thatfache, daß im vorigen Jahre 1790 größerer Gasthofs, Pensionen etc. mit rund 130 000 Betten den Reisenden zur Verfügung standen. Dazu kommen 1500 kleinere Gasthäuser mit 10 oder weniger Betten. Es ist ausgerechnet worden, daß während der Hochsaison allein, Mitte Juli bis Ende August, bei einer Tagesausgabe des einzelnen Sommerfrischlers von 5 Franc als Mindestbetrag die Netto-Einnahmen der Gastwirtschaft 28 Millionen Franken betragen. Deutschland pflegt jetzt die meisten Reisenden zu liefern. — Die französischen Wäghenarbeiter haben durch ihren Verein für das Jahr 1897/98 3 089 971 Franc Urbergebühren eingenommen. Seit 1883 betragen die Einnahmen fast in jedem Jahre über 3 Mill. Es giebt jetzt einige 30 Wäghenfrischler, die jährlich 40—50 000, mehrere sogar, die Hunderttausende einnehmen. Vor der Eröffnung des Vereins erhielten die Wäghenarbeiter 6—12 Franc von jeder Vorstellung ihrer Stille, oft auch garnichts. — Bei gewissen „ava o'clock“ in England und Amerika ist es Mode geworden, die Papageien betrunken zu machen, indem man ihnen „Gin“ (Wacholderbranntwein) oder Madeira giebt. Die Vögel haben den Wein sehr gern. Wenn sie berauscht sind, singen und tanzen sie so dreist, daß sie lebhaften Beifall ernten. Was die Herrschaft thut, wird dann natürlich von der Dienerschaft nachgemacht, so daß die armen Tiere aus dem Krankheitszustand nicht mehr herauskommen. — Als „Postamt“ fungiert in der Magdeburgerstraße ein kleines hellgelbes Häuschen, das an die äußersten Felsen des Kapf frei schwimmend angeheftet ist. Jedes vorbeifahrende Schiff legt ein Boot aus, um diesen eigenartigen Briefkasten zu leeren oder Briefe hineinzuübersiedeln. Noch steht soll dieses „Wirt“, das den Schutz sämtlicher Flotten der Welt genießt, seinen Dienst pünktlich versehen haben.

Bücherschau.

Von der **Neuen Welt** (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 37. Heft des 16. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Wahlbewegung. — Die Vorbereitung neuer Handelsverträge. Von Rich. Calver, Berlin-Charlottenburg. (Schluß.) — Gladstone. Von Ed. Herstein. — Das italienische Komplot. Von Eug. — Die Kammerwahlen in Frankreich. Von Ch. Bonnier. — Notizen: Mechanische Nähmaschinen. Von P. M. Grunpe. Die Baumvollarbeiter von Lacassire und die Kinderarbeit. — Zeitschriften: Donatienne. Von René Bazin. Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Jna Bach. (Schluß.) — Von der **Gleichheit**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck Verlag) ist uns soeben die Nummer 12 des 8. Jahrganges zugegangen. Der Inhalt ist wie gewöhnlich recht reichhaltig und interessant. Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Beitragliste für 1898 unter Nr. 2970) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pfennig.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Die **Ratheslöser** Magdeburg des **Centralvereins der Zimmerer** hielt am 6. Juni ihre Versammlung ab. Zunächst verlas der Kassierer die Abrechnung, die für richtig anerkannt wurde. Alsdann fand die Vorstandswahl statt; da die Inhaber der verschiedenen Aemter ihre Posten alle wieder annahmen, war die Wahl bald erledigt. Beim dritten Punkt entstand eine lebhafte Debatte. Mehrere Kollegen, die sich während des Streiks nicht solidariisch verhalten hatten, wurden aus dem Verbands ausgeschlossen. Weitere Ausschließungen sollen nun nicht mehr vorgenommen werden. Es wurde nun noch zu eifriger Agitation ermahnt und dann die Versammlung geschlossen. — **Groß-Otterleben**, Donnerstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr, spricht **Genosse Verlach** in einer **Wähler-Versammlung im Gierdschen Lokale** (Gasthof zum goldenen Stern). Die Parteigenossen wollen für einen starken Besuch dieser Versammlung Sorge tragen.

Wasserstände.

	Elbe.	Don	Wupf
Außig	6. Juni + 0.52	7. Juni + 0.50	0.02
Dresden	„ „ - 0.74	„ „ - 0.81	0.07
Zorgau	„ „ + 1.47	„ „ + 1.40	0.07
Wittenberg	„ „ + 2.11	„ „ + 2.06	0.05
Hoflau	„ „ + 1.00	„ „ + 1.53	0.07
Worb	„ „ + 2.22	„ „ + 2.20	0.02
Schönebeck	„ „ - 2.06	„ „ + 1.96	0.10
Magdeburg	7. „ + 1.90	8. „ + 1.90	0.10
Langermünde	6. „ + 2.84	7. „ + 2.70	0.14
Wittenberge	„ „ + 2.63	„ „ + 2.58	0.10
Donitz, Pegel	„ „ + 2.37	„ „ + 2.26	0.11
Lauenburg	„ „ + 2.43	„ „ + 2.36	0.10

Fenilleton.

Der Gump.

Eine einfache Geschichte. Nach dem Leben erzählt von Fritz Ernk. (1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Hans Becker mußte lächeln über die Ahnungslosigkeit des Meisters. „Ein Zeugniss brauche ich nun gerade nicht,“ erwiderte er, „denn meine Braut kennt mich lange genug, um selbst urtheilen zu können. Aber Ihre Einwilligung brauche ich doch, Meister, denn das Mädchen, das ich zu meiner Frau zu machen gedenke, ist — ist Else — ist Ihre Tochter, Herr Bartels!“ Herr Heinrich Bartels sah sein Gegenüber mit einem Ausdruck an, in dem sich Verblüffung, Entrüstung und Wut mischten. Sein Gesicht war rothbraun geworden und nach Luft schnappend sank er in seinen Schreibstisch. Hans war erschreckt nach der auf einem Nebenstisch stehenden Wasserkaraffe geeilt, und wollte dem Meister zu trinken geben. Dieser jedoch wehrte ihm mit beiden Händen ab, als wollte Hans ein Verbrechen an ihm begehen, und nun fand er auch seine Sprache wieder und gleich einem Sturzbach sprudelten ihm die Worte vom Mund. „Was, so'n Meidch, so'n Hungerleider, so'n Bettelbogh, der nichts hat als seine h'nen Fäule, der will — ha, ha, ha, der will meine Tochter heiraten, die Tochter vom reichen

Bartels? Ha, ha, ha, ha. Mensch, sind Sie verrückt? Und damit kommen Sie mir? Wilden Sie sich denn ein, ich wäre übergeschnappt? Wilden Sie sich denn ein, ich gäbe Ihnen meine Einwilligung? Ja, nicht wahr, das könnte Ihnen so passen, sich mit der Wittigst so recht schön in die Wölle zu legen, so gemüthlich zu verzehren, was Bartels in 25 Jahren mit seinem sauren Schweiß zusammengebracht hat?"

Wecker wollte reden, aber der Tobende hatte nur Luft geschöpft. „Mann, ich frage Sie nochmal, sind Sie verrückt? Wie können Sie bloß den Mund aufmachen und mir solchen Blödsinn vorbringen. Hier,“ rief er, den Brief wie eine Fahne in der Luft schwenkend, „hier ist der zukünftige Mann meiner Tochter, hier, Baron von Reichen, aber nicht so ein Lump wie Sie!“

Mit Hans war eine furchtbare Veränderung vorgegangen. Das Blut kochte ihm, die Hände öffneten und schlossen sich krampfhaft und sein Gesicht war bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Aber er bezwang sich. Nein, es war ja der Vater des geliebten Mädchens, an dem wollte er sich vergeifen. Er schloß schwer auf, dann schritt er wankend hinaus und ließ die Thüre dröhnend in's Schloß fallen.

Er hörte und sah es nicht mehr, wie der Meister oben im Sturmschritt das Zimmer durchmaß, mit den Händen in der Luft herumfuchtelte und laut schimpfte — er ging seines Weges wie im Träume. Der Vater seiner Gese hatte ihn einen Lumpen genannt, mit dem war es also aus. Und Gese, was wird sie nun thun? — „Lothar von Reichen“ hätte ihm im Ohr. Ja, Lothar von Reichen, würde Gese wohl Widerstand leisten, wenn der Vater ihr den Mann einfach zuweist? Oh, Hans kannte diesen Baron, ein fader Bursche, der Spielschulden halber den Militärdienst quittieren mußte und sich nun auf rätselhafte Art durch's Leben schlug. Er nannte sich zwar Schriftsteller und sprach viel von seinen Arbeiten — gesehen hatte sie aber noch kein Mensch. Ja, der brauchte die Wittigst, er, Hans, hatte noch keinen Augenblick daran gedacht, denn er liebte ja das Weib, nicht das Geld, wie dieser Lothar von Reichen. Wie kam dieser Mensch eigentlich in das Bartels'sche Haus? Hans konnte sich keine Antwort darauf geben, und es war ja auch schließlich ganz gleichgültig.

Vor allen Dingen mußte Hans jetzt Nachricht an Gese gelangen lassen. Das arme Kind, was wird sie aushalten haben unter den brutalen Schimpfereien des Vaters; und er ist nicht bei ihr, kann sie nicht schützen. — Hans ballte in ohnmächtiger Wut seine Hände.

Er suchte sich einen der Lehrlinge der Tischlerei auf und übergab ihm ein Briefchen, das er der Tochter des Meisters zustecken sollte. Der Junge wurde häufig zu Botengängen benutzt, kam daher mit der Familie in Verührung und hatte solche Liebesdienste schon oft für Hans Wecker besorgt. Gleichzeitig trug er ihm auf, seinen Arbeitsanzug und einige andere ihm gehörende Sachen von der Werkstatt nach seiner Wohnung zu bringen. Dem Jungen traten die Thränen in die Augen, als er erfuhr, daß der allgemein beliebte Werkführer sie verlassen wolle. Von dem Grunde

freilich wußte er nichts, aber er war ein aufgeregter Bursche und sah es Hans Wecker am Gesicht an, daß dieser plötzliche Abgang wohl mit seiner Leidenschaft mit des Meisters Tochter zusammen hängen mußte. Sobald er am anderen Morgen Gese zu sehen bekam, übergab er ihr den Brief. Als er sich wieder trollte, nickte er mit dem Kopf, als wollte er sagen: „Ja, ja, ich hab' mir's gedacht, da ist was nicht in Ordnung; das Fräulein hat auch so verwelkte Augen.“

Vergeblich wartete Hans Wecker an diesem Tage auf eine Antwort. Als der Briefträger auf seinem letzten Bestimmungsorte in's Haus kam und wieder nichts für ihn brachte, da hielt es ihn nicht länger. Er eilte durch die Straßen, teilnahmslos für alles, was um ihn her vorging, und als er schließlich aufblickte, um sich zu orientieren, befand er sich in der Reichsbergerstraße. Er wollte umkehren, er kam sich vor, wie ein Mensch, der auf verbotenen Wegen wandelt, aber dort einige Hundert Schritte weiter, die leuchtende Fenstereihe in der ersten Etage des Bartels'schen Hauses zog ihn magnetisch an. Er drückte sich in den Schatten einer Hausthür und starrte zu den blendenden Fenstern empor. „Die ham's jut, da oben; von der, wat da heite leblich bleibt, könnte 'ne Famille 'ne ganze Woche leben“, sagte neben ihm jemand im bitteren Tone — er hörte es garnicht. Die Fenster waren zum Teil geöffnet, um frische Luft einzulassen, und klar und deutlich tönte die Stimme eines Lebenden hernieder. Was gesprochen wurde, klang wie ein Strom an Hans Weckers Ohr vorüber, nur einige Worte hatte er verstanden: „Liebe, Ehe, langes Glück und jetzt den Schluß: „Unser verehrtes Brautpaar, es lebe hoch, hoch, hoch!“ Die ganze Gesellschaft stimmte jubelnd ein in den Ruf, Musik und Lachen klang dazwischen und während dort wahre oder geheuchelte Freude ihren ungezügeltsten Ausdruck fand, taumelte auf der anderen Straßenseite ein Mann dahin. Ihm schwindele, und er mußte sich an der Häuserreihe entlang tasten, um nicht umzufinken, und manche spöttische oder entrüstete Bemerkung flog dem „Betrunknen“ nach.

Ja, im Bartels'schen Hause wurde die Verlobung des Schriftstellers Baron Lothar von Reichen mit der Tochter des Hauses gefeiert. Es hatte eine furchtbare Scene gegeben, als der Vater vom Comptoir in die Wohnung gestürzt war. Vor Hans Wecker hatte sich Bartels noch etwas Zwang annehmen müssen, aber hier vor seiner Tochter konnte er loben, wie es ihm beliebte. Und Gese? Sie hatte garnichts erwidert. Sie war zu ihrer Mutter gestüchelt und weinend hatten die beiden Frauen alles über sich ergehen lassen. Und als am anderen Morgen der Vater verlangte, wenn der Baron heute sie um ihre Hand bäte, dann sollte sie ihm ohne Zögern ihr Jawort geben, da hatte sie sich widerstandslos gefügt. Es war eine sonderbare Braut, die da neben dem nach der neuesten Mode gekleideten Menschen mit dem faden, bläulichen Gesicht saß. Von Glück war auf diesem jugend-schönen Gesicht auch nicht eine Spur zu sehen, nur willenloses Sichbeugen unter einen höheren Willen war darauf geschrieben. Einige Frauen erzählten sich bereits eifrig, daß diese Ehe kein gutes Ende nehmen würde, und ihre Prophe-

zeiungen sollten noch übertroffen werden, denn schon die Verlobungsfeier erhielt einen vorzeitigen, peinlichen Abschluß. Soeben brachte wieder einer von der Tischgesellschaft einen Toast auf das Brautpaar aus, und als er von der innigen Liebe sprach, welche die beiden jungen Leute verbinde, da wurde Gese plötzlich von heftigen Weinkrämpfen befallen und mußte nach ihrem Zimmer gebracht werden. Der Vater versicherte ein über das andere Mal, seine Tochter sei nur von ihrem Glück überwältigt worden und werde sich bald erholen — es half ihm nichts, denn die ganze Gesellschaft brach in fieberhafter Eile auf.

Flugblattverteilung.

Wahlkreis Magdeburg.

Am Sonntag, den 12. Juni, werden 500 Mann zur Verbreitung eines Flugblattes benötigt. Dieselben haben sich früh 5 Uhr am Sammelorte einzufinden. —

Wahlkreise in der Umgebung.

Die Parteigenossen, welche schon in auswärtigen Kreisen thätig waren, werden ersucht, sich bereits um 1/4 Uhr einzufinden, damit die ersten Züge gleich benützt werden können.

Arbeiterradfahrer!

An sämtliche Arbeiterradfahrer ergeht das dringende Ersuchen, möglichst zahlreich ebenfalls um 5 Uhr morgens zu erscheinen. Legitimationspapiere und Radfahrerkarten sind mitzubringen. —

Sammelpunkt: Dreikaiserbund. —

Wählerversammlungen.

Magdeburg.

- 10. Juni. Altstadt (Dreikaiserbund). Referent: **Wenz.**
- 10. Juni. Sudenburg (Herbster Bierhalle). Referent: **Mäther.**
- 11. Juni. Neue Neustadt (Weißer Hirsch). Referent: **Müller.**
- Calbe-Mscherleben.**
- 10. Juni. Aken. Referent: **Albert Schmidt.**
- 11. Juni. Stafffurt. Referent: **Pfannkuch.**
- Jerichow I. und II.**
- 10. Juni. Burg. Referent: **Pfannkuch.**
- 12. Juni. Kolbitz. Referent: **Haupt.**
- Stendal-Osterburg.**
- 12. Juni. Stendal. Referent: **Pfannkuch.**
- 12. Juni. Tangermünde. Referent: **Pfannkuch.**
- 12. Juni. Arneburg. Referent: **Gärtner.**

Färberei u. chemische Reinigung.

Kleid zu reinigen . . von 1.50 Mk. an.
Kleid zu färben . . . von 1.50 Mk. an.
Anzug zu reinigen . . von 1.50 Mk. an.

Schildergasse 2/3 und Lödischehofstrasse 17.
Leopold Bansleben.

Heute Donnerstag

beginnt der

Riesen-Ausverkauf

zu kolossal billigen Preisen

um vor Beginn der bedeutenden Erweiterungsbauten die großen Läger möglichst zu räumen.

Julius Wolff, Kaufhaus Wilhelmstadt.

Friedrich Jädel, Kreisger. Depot.-Kendant u. Kalkül. a. D., 85 J., 1 M. Hanna, 2 M. 21 J. Otto Costenoble, Justizrat, 70 J., 4 M. 16 J. Ernst Kappelmeier, Zimmermann, 50 J., 23 J.

Sudenburg, 7. Juni.

Aufgebot: Kolporteur August Karl Schmidt mit Auguste Marie Luise Friederike Finte hier.

Eheschließungen: Fleischer Emil Meergans mit Ida Marie Fester hier. Arb. Wilhelm Ed. Krippendorf mit Minna Auguste Kühne hier.

Geburten: Marg., S. des Rohlegers Hermann Cuno. Albert, S. des Tischlers Albert Klaus. Hugo, S. des Kantinenwirts Fritz Müller. Kurt und Karl, Zwillinge des Königl. Schuhmanns Paul Herrmann.

Todesfälle: Ad. Habelst, Restaur., 37 J., 0 M. 24 J. Anna, T. des Drehorgelspielers Alb. Spendahl, 2 J. 22 J. Minna geborne Degenhardt, Ehefrau des Maurers Wilhelm Nieth, 46 J., 10 M. 18 J. Ernst Schmidt, penj. Weichensteller, 76 J., 1 M. 14 J. Georg, S. des Kond. Franz Schroth, 8 M. 12 J. Kurt, S. des Königl. Schuhmanns Paul Herrmann, 8 Sid.

Neustadt, 7. Juni.

Aufgebot: Kaufmann Richard Neumann mit Hermine Drüfel in Helmstedt. Eheschließung: Schneider Franz Ernst Hoffmann mit Emma Marie Elise Scheel hier.

Geburt: Erna, T. des Eisendrehers Gustav Krebs.

Neustadt, 7. Juni.

Aufgebot: Lithograph Heinrich Frdr. Karl Kotte in Berlin mit Hedwig Ida Auguste Friedrich.

Eheschließung: Arb. Eduard Börner mit Witwe Wandel, Dorothee geb. Timbeck. Geburten: Walter, S. des Böttchers Heinrich Batge. Editha, T. des Kaufm. Louis Lilebein. Lina, T. des Lederfärb. Jakob Beer. Erich, S. des Schmieds Karl Günther. Anna, T. des Tischlers Gustav Krantz. Margarete, T. des Kupferschmieds Otto Klintau. Erna, T. des Arb. Ernst Koch. Erna, T. des Arb. Otto Wapenhans.

Todesfälle: Zimmermann August Knochenhauer, 82 J., 3 M. 29 J. Hedwig Friederike, unehelich, 4 J., 8 M. 18 J. Ernst, S. des Tischlers Friedrich Zacharias, 1 J., 2 M. 22 J. Arb. Andreas Lindenberg, 70 J., 2 M. 30 J.

Standesamt.

Magdeburg, 7. Juni.

Aufgebot: Arbeiter Franz Dilz mit Sophie Marie Friederike Baldisse in Preußl. Buchdr.-Faktor William Biermann in Hamburg mit Amalie Luise Ottike Bäte in Hannover. Metallarbeiter Wilhelm August Karl Wellhorn hier mit Marie Kleemann in Gernrode. Schauspieler Anton König gen. Kraus mit Adele Kühn, geb. Sachse, hier. Arbeiter Friedr. Warburg mit Wwe. Marie Bauer, geb. Wöhe, hier. Fleischnemstz. Johann Höhne mit Maria Johans hier. Scher. Erhab.

Adolf Bollack hier mit Helene Elise Margarete Gabel in Unruhstädt.

Eheschließungen: Kaufm. Joh. Fischer mit Marianne Bräutigam hier. Farrer Otto Grabhoff in Gr. Gernersleben mit Frieda Lillie hier. Commis Rudolph Gerwig mit Marie Schulz hier.

Geburten: Oskar, S. des Harmonikaarbeiters Karl Bänisch. Käthe, T. des Arb. Karl Wulfsau. Erwin, S. des Schuhm. August John. Karl, S. des Schmieds Wilhelm Brauner.

Todesfälle: Oskar, S. des Schmied. Karl Staudau, 2 J., 8 M. 24 J. Frieda Klies, unehelich, 20 J., 10 M. 2 J.

Achtung!

134

Arbeiter!

Hierdurch wird auf das Verkaufsgeschäft des Herrn **Gust. Windhövel, Solingen, Kullerstr.** aufmerksam gemacht. Es kommen nur beste

Solinger Stahlwaren

unter Garantie zum Verkauf. Illustr. Preisbücher gratis und franko.